

## Sozialarbeit im Dienste der Firma

*Soziale Betreuung und Feelgood-Management*

**Bochum, Frankfurt a.M.** (epd). *Unternehmen kümmern sich um das Wohl ihrer Belegschaft. Manche Betriebe stellen dazu Sozialarbeiter ein, andere sogenannte Feelgood-Manager.*

Matthias Berger arbeitet als Sozialarbeiter im Opel-Werk in Bochum. Er steht rund 3.500 Mitarbeitern zur Seite. Der Reiz gegenüber der klassischen Sozialarbeit von Verbänden oder Kommunen bestehe darin, »dass man hier was verändern kann«, sagt er. Berger kooperiert dabei mit Ärzten und Vertretern anderer Sozialdienste.

Soziale Arbeit hat eine lange Tradition in Großbetrieben. Bereits vor

über 100 Jahren wurden die ersten Sozialhelfer eingestellt. Vorreiter waren die Montanindustrie und der Automobilsektor. War die Beratung viele Jahrzehnte auf Alkoholsucht ausgerichtet, wandelte sich das Bild im Laufe der Jahrzehnte. Psychische Erkrankungen und persönliche Krisen der Mitarbeiter drängten in den Vordergrund.

Hilfe auf einer ganz anderen Ebene leisten sogenannte Feelgood-Manager. Sie sorgen dafür, dass sich junge, hoch qualifizierte Mitarbeiter wohlfühlen – und deshalb dem Betrieb möglichst lange treu bleiben. Sie veranstalten gemeinsame Sportausflüge oder helfen bei der Wohnungssuche. **Seiten 3, 4**

»Herausfordernd«

## Wenn Paare ein behindertes Kind adoptieren

**Schwarzenfeld** (epd). In Deutschland standen 2012 rechnerisch einem zur Adoption freigegebenen Kind sechs mögliche Elternpaare gegenüber. Lange Wartezeiten für Adoptiveltern sind deshalb die Regel. Bei Kindern mit Behinderungen ist das anders. Jugendämter haben Mühe, Eltern für sie zu finden. »Es sind ganz wenige, die ein behindertes Kind aufnehmen, leider«, sagt Claudia Flynn vom bayerischen Landesjugendamt. David und Carolin Neufeld haben zwei Söhne mit Downsyndrom adoptiert. »Das ist ein herausforderndes Leben«, sagen Adoptivmutter Carolin, »aber auch ein ganz einzigartiges.« **Seiten 8, 9**

*Themen*

*Familienbund der Katholiken hinterfragt Förderung:*

## »200-Milliarden-Euro-Märchen«

**Frankfurt a.M.** (epd). Der Familienbund der Katholiken ruft Politik und Medien auf, seriös mit Daten zur staatlichen Familienförderung umzugehen. Die kolportierte Gesamtsumme von jährlich 200 Milliarden Euro suggeriere Zahlungen, »die in diesem Umfang gar nicht bestehen«, schreibt Markus Faßhauer in epd sozial.

Der Referent in der Bundesgeschäftsstelle der Organisation setzt sich auch kritisch mit der jüngst begonnenen Veröffentlichung der

Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Maßnahmen auseinander. Die sei über weite Strecken von familienfremden Interessen geleitet und komme folglich zu maßlos übertriebenen Zahlen.

Der Familienbund räumt mit diesem »Märchen« auf. Er hat vom Ehegattensplitting über die Witwenversorgung bis hin zum Schülertransport herausgerechnet, was nicht direkte Familienförderung ist – und kommt auf knapp 40 Milliarden Euro. **Seite 11**

## Pädophilie-Kontroverse um Aufklärungsbuch

»Zeig mal!« – In den 70er Jahren empfohlen, heute fragwürdig **Seite 10**

## Krieg und Kinderlachen

Hohe deutsche Kirchenvertreter in jordanischem Lager **Seite 15**

## Keine Rückerstattung der Fortbildungskosten

Niederlage wegen intransparenter Klauseln im Arbeitsvertrag **Seite 16**

Zahl der Woche

## 58 Personen in Kirchenasyl

**Berlin** (epd). In Deutschland befinden sich derzeit mindestens 58 Ausländer in einem Kirchenasyl. Darunter seien etwa 24 Kinder, teilte die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft »Asyl in der Kirche« am 1. November in Berlin mit. »Wir wissen zurzeit von 28 Kirchenasylen«, hieß es in einer Mitteilung. In 17 Fällen von Kirchenasyl handele es sich um sogenannte Dublin-II-Fälle. Das heißt, die Asylsuchenden sind über ein anderes EU-Land nach Deutschland eingereist.

Die Flüchtlinge vom Brandenburger Tor, die nach ihrem Hunger- und Durststreik in einer Einrichtung der evangelischen Kirche in Berlin-Kreuzberg untergekommen waren, fallen nicht unter das Kirchenasyl. Dies gilt auch für die rund 80 Flüchtlinge in der Hamburger St.-Pauli-Kirche sowie die in Frankfurt a.M. lob

Krankenkassen

## Auch 2014 kein Zusatzbeitrag

**Berlin** (epd). Auch im kommenden Jahr wird normalerweise kein Zusatzbeitrag für die Krankenkasse fällig. Das gab das Bundesgesundheitsministerium am 31. Oktober in Berlin bekannt. Die Einnahmen des Gesundheitsfonds entwickelten sich weiterhin positiv. Die voraussichtlichen Ausgaben der Kassen von knapp 200 Milliarden Euro im Jahr 2014 würden durch die Zuweisungen aus dem Fonds gedeckt, betonte das Ministerium.

Krankenkassen müssen einen Zusatzbeitrag bei ihren Versicherten erheben, wenn sie mit dem Geld, das ihnen aus dem Fonds zugewiesen wird, nicht auskommen. In der Vergangenheit haben nur wenige Kassen zeitweilig Zusatzbeiträge erhoben. Gegenwärtig gibt es laut Ministerium keine Krankenkasse, die den Extrabeitrag verlangt. *bm*

# Mieterbund lobt Preisbremse

Experten: Großer Schritt in die richtige Richtung



**Berlin** (epd). *Der Deutsche Mieterbund hat die Mietpreisbremse begrüßt, auf die sich Union und SPD in der zuständigen Arbeitsgruppe bei den Koalitionsverhandlungen verständigt haben. Der Direktor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd) am 5. November, die ersten Ergebnisse bedeuteten »einen großen Schritt in die richtige Richtung«.*

Die Mietpreisbegrenzung helfe denen, die auf engen Märkten einen neuen Mietvertrag abschließen müssten, erklärte Siebenkotten, etwa weil ein Arbeitsplatzwechsel anstehe oder weil eine Familie eine größere Wohnung brauche.

Die Arbeitsgruppe für Verkehr, Bau und Infrastruktur hatte sich zuvor auf ein »Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen« verständigt. Unter der Leitung von Bauminister Peter Ramsauer (CSU) und des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Florian Pronold einigten

sich die Unterhändler auf Mietpreisbegrenzungen, Abschreibungsmöglichkeiten für den Bau von Mietwohnungen und auf die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld. Außerdem sollen Maklergebühren nicht mehr auf Wohnungssuchende abgewälzt werden können.

Die Vereinbarungen müssen noch von der großen Runde bei den Koalitionsverhandlungen gebilligt werden, voraussichtlich am Montag kommender Woche.

Nach den bisherigen Vereinbarungen darf die neue Miete bei Wiedervermietungen nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. In bestehenden Mietverhältnissen sollen die Länder die Mietsteigerung in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt auf 15 Prozent in vier Jahren statt wie bisher in drei Jahren begrenzen können. Die neuen Abschreibungsmöglichkeiten für den Bau von Mietwohnungen sollen ebenfalls auf Regionen mit Wohnraumknappheit konzentriert werden. *Bettina Markmeyer* ■

Beobachtungsstelle legt Jahresbericht vor

## Cannabis bleibt häufigste Droge

**Berlin** (epd). Der Konsum illegaler Drogen in Deutschland ist nahezu unverändert. Nach dem Jahresbericht der Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, der am 5. November in Berlin vorgestellt wurde, ist Cannabis weiterhin die mit Abstand am häufigsten konsumierte illegale Droge. 4,5 Prozent der befragten Erwachsenen hat demnach diese Substanz in den vergangenen zwölf Monaten genommen.

Weit verbreitet ist zudem der Konsum von Kokain (0,8 Prozent) und von Amphetaminen (0,7 Prozent). Heroin, LSD, psychoaktive Pilze und Crack konsumieren nur kleinere Gruppen.

Im Vergleich zur letzten Erhebung 2009 nimmt der Cannabiskonsum

leicht ab, der Rückgang ist allerdings nicht mehr so deutlich wie in den Jahren zuvor. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Behandlungsangeboten aufgrund des Konsums von Cannabis weiter an.

Laut der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, stellen die älter werdenden Drogenabhängigen das Versorgungssystem vor neue Herausforderungen. Über ein Viertel der Heroinabhängigen in ärztlicher Behandlung ist über 40 Jahre alt. Sie zeigen aufgrund ihrer langjährigen Abhängigkeit oft Erkrankungen und Gesundheitszustände, die sonst erst 20 Jahre später auftreten. Für ältere Drogenabhängige müssten mehr spezielle Versorgungsangebote geschaffen werden. *mj*

# Betreuer im Dienste der Firma

Betriebliche Sozialarbeiter kümmern sich um Kollegen in Krisensituationen

**Bochum/Tübingen** (epd). *Alkoholsucht, Mobbing, tiefe familiäre Krisen: Derartige Belastungen machen den Betroffenen nicht nur zu schaffen, es hat auch Einfluss auf ihr Verhalten am Arbeitsplatz. Deshalb beschäftigen manche Unternehmen betriebliche Sozialarbeiter.*

Matthias Berger arbeitet als Sozialarbeiter im Opel-Werk in Bochum. Rund 3.500 Mitarbeitern steht er zur Seite. Noch, denn das Werk soll Ende 2014 schließen. »Vom Arbeiter bis zur Führungsebene ist bei mir alles vertreten«, sagt Berger, der seit 1995 Opelaner ist. Der Reiz gegenüber der klassischen Sozialarbeit von Verbänden oder Kommunen bestehe darin, »dass man hier was verändern kann. Das ist in der Wohlfahrtspflege oft ganz anders.«

Unternehmen kümmern sich vermehrt um das Wohl ihrer Belegschaft. Denn der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften erhöht den Druck, das bewährte Personal körperlich und geistig fit zu halten. Große Konzerne beschäftigen dazu eigene betriebliche Sozialarbeiter.

Berger kooperiert mit Ärzten und Vertretern anderer Sozialdienste. »Wir hatten einen Mitarbeiter, dessen Mutter schwer erkrankte und der deshalb seinen Job nicht mehr machen konnte.« Er sei mit der familiären Situation überfordert gewesen. Berger habe ihn unterstützt und für Entlastung gesorgt. Nach einigen Wochen sei der Mitarbeiter mittels Medikamenten wieder in der Lage gewesen zu arbeiten.

Soziale Arbeit hat eine lange Tradition in deutschen Großbetrieben. Bereits vor über 100 Jahren wurden die ersten Sozialhelfer eingestellt. Vorreiter waren die Montanindustrie und der Automobilsektor. War die

Beratung viele Jahrzehnte auf Alkoholsucht ausgerichtet, wandelte sich das Bild im Laufe der Jahrzehnte. Psychische Erkrankungen und persönliche Krisen der Mitarbeiter drängten in den Vordergrund. Berger: »Inzwischen nehmen psychosoziale Probleme rund 35 Prozent unserer Arbeit ein. Sucht hat noch einen Anteil von 30 Prozent, der Rest splittet sich in viele Problemfelder wie Konflikte in der Familie, Schuldnerberatung oder Angehörigenpflege auf.«

Betriebliche Sozialarbeit ist eine freiwillige Leistung der Firmen. Der »Bundesverband Betriebliche Sozialarbeit« in Tübingen beklagt einen Trend zur Auslagerung dieser Leistungen, stellt aber zugleich fest: »Es gibt auch den gegenläufigen Trend, dass mittelständische Unternehmen mit ein paar tausend Beschäftigten eine Sozialberatung einrichten«, sagt Michael Bremmer, Geschäftsführer des Verbandes.

Alle Schichten der Bevölkerung, breitgefächerte Probleme – das macht für Sozialarbeiter wie Berger den Reiz ihres Jobs aus. Zudem interessiert ihn das Spannungsfeld innerhalb eines Konzerns und Auseinandersetzung der verschiedenen Interessengruppen in Privatunternehmen. »Sie haben hier völlig verschiedene Strukturen, zwischen denen sie sich bewegen: Der Betriebsrat, das Management, die Arbeiter. Hier muss man agieren können.«

Berger hat zurzeit richtig viel zu tun. Die Getriebefertigung im Opel-Werk in Bochum wurde bereits eingestellt. Viele Mitarbeiter wissen nicht, wie es weitergehen soll: »Die Leute sind angespannt. Das merken wir am Krankenstand. Der hat sich stark erhöht. Das ist auch eine Folge der Ohnmacht.« Berger weiß: Unter solchen Vorzeichen wird Beratung sehr schwierig.

Carsten Grün ■

Studie

## »Mindestlohn nutzt den Betroffenen wenig«

**Berlin** (epd). Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde würde einkommensschwachen Haushalten einer Studie zufolge nur wenig helfen. Wie aus am 4. November veröffentlichten Berechnungen der Freien Universität Berlin und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervorgeht, würde der Lohn für 13 Prozent aller derzeit Beschäftigten um mehr als 40 Prozent angehoben.

Das Plus belaufe sich dann im Schnitt auf 900 Euro im Jahr. Durch daraus resultierende Kür-

zungen bei den Sozialleistungen bliebe am Ende aber nur ein Einkommensplus von 400 Euro. Der DGB kritisierte die Studie: »Das ist Interesse geleitetes Stochern im Nebel.«

Niedersachsen

## Erste Beratungsstelle für Werkvertragsarbeiter

**Sögel/Kr. Emsland** (epd). Die bundesweit erste Beratungsstelle für osteuropäische Werkvertragsarbeiter ist am 1. November im niedersächsischen Sögel eröffnet worden. Das »Europabüro für ausländische Arbeitnehmer« wird im Auftrag der emsländischen Gemeinde vom katholischen Kolping

Bildungswerk im Diözesanverband Osnabrück betrieben.

Sögel ist Standort des größten Schlachthofes in Niedersachsen. Die Firma Weidemark Fleischwaren beschäftigt rund 1.400 Menschen. Knapp 1.000 von ihnen sind Werkvertragsarbeiter aus Polen, Rumänien und Ungarn.

Die Mitarbeiterinnen des Europabüros sollen die Arbeiter und ihre Familien bei Fragen zur Lebens-, Wohn- und Arbeitssituation unterstützen, sagte Hans-Hermann Hunfeld. Dabei gehe es auch um Integration, Gesundheitsprävention und Freizeitgestaltung. Finanziert wird das Projekt von den Werkvertragsunternehmen der Firma Wiedemark. lnb

# Feelgood-Manager sorgen fürs gute Arbeitsklima

*Anspruchsvolle Angestellte erwarten mehr als das monatliche Gehalt*

**Frankfurt a.M.** (epd). *Hilfe bei der Wohnungssuche, Ausflüge zur Kart-Bahn, ein Nanny-Notfall-Service – in einigen Unternehmen gibt es Mitarbeiter, die allein damit beschäftigt sind, den anderen den Arbeitsalltag angenehmer zu machen.*

Sarah Hoffmann bringt ihre Aufgaben so auf den Punkt: »Ich will mich ganzheitlich um die Mitarbeiter kümmern.« Und: »Sie sollen sich extrem wohlfühlen.« Die 29-Jährige ist weder Yogalehrerin noch Gourmetköchin, sondern studierte Betriebswirtin mit psychologischer Zusatzausbildung. Sie arbeitet als sogenannte Feelgood-Managerin für die Berliner Hitfox-Group, die junge Start-up-Unternehmen mit Know-how und Infrastruktur unterstützt. Hoffmann kümmert sich um alles, was für ein angenehmes Betriebsklima wichtig sein könnte.

## »Die Trennlinie zwischen Privatem und Arbeit verschwimmt«

Sie veranstaltet gemeinsame Sportausflüge zum Go-Kart-Fahren oder Beachvolleyball und lädt regelmäßig zum Tischkicker-Turnier ein. Sie organisiert Kochkurse und Grillabende und besorgt vergünstigte Mitgliedschaften in Fitnessstudios. Hoffmann hat sogar eine »gute Fee« in Person einer Assistentin parat, die auf Wunsch mit dem Wohnungsschlüssel zu den Mitarbeitern nach Hause fährt, um Handwerker oder Telefontechniker hereinzulassen. Sie übernimmt es auch, mal schnell für jemanden zur Reinigung zu gehen oder einen Blumenstrauß zu besorgen.

»Die Trennlinie zwischen Privatem und Arbeit verschwimmt gerade im Start-up-Umfeld häufig. Darauf müssen sich auch die Unternehmen einstellen«, sagt Hoffmann. Und die Mitarbeiter erwarteten auch mehr als das monatliche Gehalt: »Bei Rekrutierungsgesprächen fragen die Bewerber oft explizit nach, was das Unternehmen außer den monetären Leistungen noch alles zu bieten hat«, sagt sie.

## Um Talente für das Unternehmen zu gewinnen, tut man einiges

Gerade im Online- und im Programmierbereich für Spiele seien gute Mitarbeiter heiß begehrt, sagt Gitta Blatt (47). Sie ist Personalchefin des Berliner Spieleentwicklers Wooga und kümmert sich gleichzeitig mit fünf Feelgood-Managern in ihrem Team um das Wohlbefinden der mehr als 250 Mitarbeiter. Wooga sei ständig auf der Suche nach neuen internationalen Talenten, sagt sie. Und um die für das Unternehmen zu gewinnen, tut man einiges.

Ausländische Neuzugänge bekommen das Rundumsorglos-Paket: »Wir holen sie vom Flughafen ab und bringen sie zu einer unserer 16 möblierten Wohnungen, in der sie die ersten sechs Wochen um-



**Sarah Hoffmann (29)** arbeitet als Feelgood-Managerin bei der Berliner HitFox-Group, die junge Start-up-Unternehmen berät und unterstützt.

sonst wohnen können«, sagt Blatt. Ein in Vollzeit beschäftigter »accommodation officer« – zu deutsch etwa Eingliederungsmitarbeiter – hilft dann bei der Wohnungssuche, geht mit zu Behörden und zur Bank, dolmetscht und kümmert sich etwa um den Internet- und Telefonanschluss. Betriebsprache bei Wooga ist Englisch, das Durchschnittsalter liegt bei 29 Jahren.

Wooga kooperiert zudem mit Kitas, um Familien die Kinderbetreuung zu erleichtern. Und sogar einen Nanny-Notfall-Service gibt es: Bei Krankheit oder anderen Notfällen können Eltern auf professionelle mehrsprachige Kindermädchen zurückgreifen. »Die Bedürfnisse und Interessen unserer Mitarbeiter sind alle unterschiedlich, und wir versuchen, darauf einzugehen«, sagt Blatt.

## Stressmanagement, Sport und gesunde Ernährung – das reicht nicht

Das Unternehmen hält seinen Mitarbeitern also den Rücken frei, damit sie sich nur noch auf den Job konzentrieren? Es spreche nichts dagegen, den Beschäftigten die Arbeit so angenehm wie möglich zu machen, meint der Arbeits- und Organisationspsychologe Thomas Rigotti von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

»In deutschen Unternehmen gibt es einen Nachholbedarf an nachhaltigen Programmen, die über die üblichen Ansätze wie Stressmanagement, Sport und gesunde Ernährung hinausgehen.« Es sei wichtig, dass Firmen hier Verantwortung übernehmen, urteilt Rigotti: »Schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen lohnt es sich, in die Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeiter zu investieren.« Psychische Erkrankungen wie Burn-out nähmen immer weiter zu und Ausfälle kosteten Geld.

Allerdings müsse das Feelgood-Programm auch wirklich den Bedürfnissen der Mitarbeiter entsprechen: »Wenn gemeinsame Aktionen zum sozialen Pflichtprogramm werden, dann verursacht das zusätzlichen Stress.«

Barbara Driessen ■

# Mehr auf abgehängte Jugendliche zugehen

*Forderung nach einem Recht auf einen Ausbildungsplatz wird wieder lauter*

**Frankfurt a.M.** (epd). *Jugendverbände und Gewerkschaften fordern seit Jahren für Schulabgänger einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz. Jetzt hat die Debatte über einen solchen gesetzlichen Anspruch wieder Fahrt aufgenommen, weil neue Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen: Deutschland bildet weniger aus. Aktuell sind 21.000 Bewerber noch ohne Lehrstelle. Nur rund 21,7 Prozent aller Firmen haben Azubis eingestellt. Was also kann diese Garantie bewirken? Wie funktioniert sie und wer könnte profitieren. epd-sozial gibt die Antworten.*

*Welche Grundidee steht hinter der Forderung nach einer Ausbildungsplatzgarantie?*

Eine solche Garantie würde den Staat verpflichten, jedem Jugendlichen eine Ausbildung mit einem anerkannten Abschluss zu ermöglichen, ganz unabhängig von dessen individuellen Fähigkeiten oder auch Hemmnissen. Zugleich erhöht sich der Druck auf die Wirtschaft, ein wirklich auswahlfähiges Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

*Welche Dimension hat das Problem fehlender Lehrstellen in Deutschland?*

2012 sind knapp 270.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz geblieben und in das umstrittene Übergangssystem gewechselt, in der sie fitgemacht werden für eine Ausbildung. Ein Teil von ihnen kann damit tatsächlich seine Chancen verbessern und beginnt dann eine Ausbildung. Andere junge Menschen schaffen den Wechsel aber über Jahre nicht, werden »abgehängt« und verlieren schließlich den Anschluss. Nach Gewerkschaftsangaben erreichen seit Jahren 14 Prozent eines jeden Altersjahrgangs keinen Berufsabschluss oder eine andere anerkannte Qualifikation. Die Folge: Fast 2,2 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen Ausbildungsabschluss.

*Warum ist eine abgeschlossene Ausbildung so wichtig?*

Sie ermöglicht jedem Jugendlichen den ersten Schritt ins Berufsleben und später ein selbstständiges Leben, ohne auf Unterstützung des Staates angewiesen zu sein. Landen weniger Jugendliche in der Arbeitslosigkeit, könnten die öffentlichen Kassen viel Geld sparen. Heute stellt der Staat für unversorgte Ausbildungsbewerber im Übergangssystem jährlich über vier Milliarden Euro zur Verfügung.

*Wer würde am stärksten von einer gesetzlichen Garantie profitieren?*

Nutznieser wären vor allem jene jungen Erwachsenen, die heute aufgrund fehlender oder schlechter Schulabschlüsse nur geringe Chancen haben, eine Lehrstelle zu finden. Darunter ist auch ein hoher An-

teil Jugendlicher mit ausländischen Wurzeln. Wer künftig dennoch ohne betrieblichen Ausbildungsplatz bleibt, bekäme einen Anspruch auf eine überbetriebliche Ausbildung, die möglichst produktions-, realitäts- und betriebsnah gestaltet werden sollte. Dafür müssten Jugendsozialarbeit, Bildungsträger, Berufsschulen, Kammern und Betriebe eng kooperieren.

*Wie soll das in der Praxis aussehen?*

Das ist noch offen, Experten diskutieren verschiedene Modelle. Die Bertelsmann Stiftung schlägt vor, für mehr Berufe als bisher Ausbildungsbausteine zu entwickeln. Auf diesem Wege ließe sich eine Lehre bei Bedarf auch in Teilschritten ermöglichen – ein Vorteil für leistungsschwächere Jugendliche. Gleichzeitig könnte durch diese zertifizierten Module die Durchlässigkeit zwischen Ausbildungsgängen und -formen vereinfacht werden. Außerdem wirbt die Stiftung für Ausbildungsbegleiter, die für die individuelle Förderung der Jugendlichen sorgen und Lehrbetrieben bei pädagogischen und bürokratischen Fragen helfen. Der Direktor des Stiftungsprogramms »Lernen fürs Leben«, Frank Frick, sagte dem epd, Bildungspolitik müsse sich stärker am Bedarf der Jugendlichen orientieren: »Das würde dann auch den Abschied vom Begriff der Ausbildungsreife bedeuten, der längst überfällig ist.« Ziel aller Reformen müsse es sein, »das Ausbildungssystem stärker für bisher abgehängte Jugendliche zu öffnen«. Damit werde »nicht nur dem drohenden Fachkräftemangel vorgebeugt, sondern auch Arbeitslosigkeit von morgen vermieden«.

*Welche Kosten verursacht die Ausbildungsplatzgarantie?*

Der Bildungsforscher Klaus Klemm hat im vergangenen Jahr im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in einer Studie die Kosten eines solchen gesetzlichen Anspruchs errechnet. Danach müsste der Staat jährlich 1,5 Milliarden Euro zusätzlich aufwenden vor allem, um die überbetrieblichen Lehrstellen auszubauen. Der Bildungsökonom hält das für eine gute Investition, die sich selbst trägt, weil dadurch an anderen Stellen öffentliche Ausgaben gesenkt werden können. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen sei groß: Die Garantie könne der Wirtschaft pro Jahr bis zu 150.000 Fachkräfte zusätzlich zur Verfügung stellen.

*Gibt es Vorbilder, die sich schon in der Praxis bewährt haben?*

Österreich hat 2008 eine gesetzliche Ausbildungsplatzgarantie eingeführt, die alle Schulabgänger unter 18 Jahren erreicht und die EU-weit als Vorbild gilt. Dort existiert mit der »Überbetrieblichen Berufsausbildung« (ÜBA) ein Auffangnetz, für alle Bewerber, die im dualen System keinen regulären Ausbildungsplatz gefunden haben. Es gibt es zwei unterschiedlich angelegte ÜBA-Modelle, die das gemeinsame Ziel haben, Jugendliche in ein betriebliches Lehrverhältnis zu vermitteln. Dirk Baas ■

Studie

## Zu viele Patienten in der Notaufnahme

**Hamburg** (epd). Die Notfall-Aufnahme von Krankenhäusern wird offenbar von zu vielen Patienten genutzt. Von 4.927 Hamburger Notfall-Patienten hätten 20 Prozent nicht in die Notfall-Aufnahme gehört, ergab eine Studie der Deutschen Gesellschaft interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin (DGI-NA). Die Ärzte seien jedoch verpflichtet, diese Patienten zu versorgen, sagte Michael Wüning, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Chefarzte interdisziplinärer Notaufnahmen Hamburg am 30. Oktober. Viele würden vor allem am Wochenende lieber eine Notfallambulanz aufsuchen, als auf die Sprechzeiten des Hausarztes zu warten.

Für die Studie wurden zwei Wochen lang Daten von Notfallpatienten an vier Hamburger Notaufnahmen ausgewertet. Für einen Großteil dieser Patienten wäre eine alternative Versorgung vertretbar gewesen, so Wüning. So hätten für rund 17 Prozent der angeblichen Notfälle andere Einrichtungen zur Verfügung gestanden. Bei drei Prozent sei die Schwere der Erkrankung fehlerhaft eingeschätzt worden. Bei einigen Patienten habe es sich um rein pflegerische Maßnahmen gehandelt. Die DGI-NA veranstaltet vom 7. bis 9. November in Hamburg ihre Jahrestagung zum Thema »Notfallmedizin in Bewegung«. *lnh*

Stressstudie

## Leben zwischen 35 und 45 Jahren aufreibend

**Berlin** (epd). Immer mehr Deutsche empfinden ihr Leben als stressig. Nach der am 30. Oktober in Berlin vorgestellten Stressstudie der Techniker Krankenkasse sind sechs von zehn Deutschen regelmäßig im Stress. Jeder Fünfte stehe sogar dauerhaft unter Druck. Besonders reiben sich demnach die 35- bis 45-Jährigen auf, weil bei ihnen vieles zusammenkommt: Job, Familie mit kleinen Kindern sowie Hausbau oder Wohnungskauf.

Bei der Hälfte der Bevölkerung herrscht laut Studie das Gefühl vor, dass das Leben in den vergangenen drei Jahren stressiger geworden ist. Sogar zwei Drittel glauben, dass der Stress heute größer ist als vor 15 bis 20 Jahren. Das andere Drittel findet dagegen, dass heute einfach mehr über Stress gesprochen wird.

Beim Umgang mit Stress gilt für die Deutschen der Umfrage zufolge der Grundsatz »Augen zu und durch«. 59 Prozent gehören zu den sogenannten »Durchhaltern«. 17 Prozent versuchen Stress zu vermeiden und weitere 17 Prozent gehören zu den »Loslegern«, die unter Stress erst zur Höchstform auflaufen. Der Rest hat dazu keine Angaben gemacht.

Zum Ausgleich setzen Männer auf Hobbys, Frauen entscheiden sich dagegen häufiger für einen Spaziergang. Jeder zweite Deutsche schnürt zur Kompensation die Sportschuhe. Bei den besonders gestressten 35- bis 45-Jährigen mangelt es an Ausgleichstrategien – weil sie keine Zeit dafür haben.

Für die Stressstudie mit dem Titel »Bleib locker, Deutschland« hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa im September 1.000 Deutsche ab 18 Jahren befragt. *co*

Verkaufsverbot

## Nachts kein Alkohol an Jugendliche

**Wiesbaden** (epd). Elf deutsche Großstädte fordern ein nächtliches Verkaufsverbot von alkoholischen Getränken außerhalb von Kneipen und Restaurants. Wegen Problemen mit übermäßigem Alkoholkonsum von Jugendlichen solle der »freie Verkauf von Alkohol rund um die Uhr eingeschränkt werden«, teilten die Städte und das Deutsche Forum für Kriminalprävention am 31. Oktober in Wiesbaden mit. Eine entsprechende Regelung gebe es etwa in Baden-Württemberg. Diese habe sich bewährt.

In dem Bundesland darf seit März 2010 zwischen 22 und fünf Uhr kein Alkohol an Tankstellen, Kiosken und in Supermärkten verkauft

werden. Die Städte erklärten nun, das Problem des Koma-Trinkens habe in den vergangenen Jahren nicht weiter zugenommen. Dennoch seien Schritte gegen den Missbrauch notwendig. Es müsse stärker darauf gedrängt werden, dass Minderjährige nicht unrechtmäßig Alkohol an Supermärkten und Kiosken erwerben könnten. Auch müsse die Weitergabe von Alkoholika innerhalb einer Clique durch Volljährige an minderjährige Freunde mit Bußgeldern geahndet werden.

Zu den Städten, die sich eigenen Angaben zufolge zu dem Netzwerk Kriminalprävention zusammengeschlossen haben, gehören Augsburg, Bonn, Bremen, Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Hannover, Koblenz, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen, Offenbach, Potsdam, Stuttgart und Wiesbaden. *lmw*

Sozialverband Niedersachsen

## Initiative gegen Ärztemangel gefordert

**Oldenburg** (epd). Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen hat eine bessere Fachärzteversorgung in ländlichen Gebieten angemahnt. »Wohnortnah fehlen neben Hausärzten insbesondere Augenärzte, Hautärzte, Frauenärzte und Orthopäden«, kritisierte VdK-Landesvorsitzende Ute Borchers-Siebrecht am 30. Oktober in Oldenburg.

Betroffen sind laut Borchers-Siebrecht vor allem Gebiete mit einer schwachen Infrastruktur und einem hohen Anteil älterer Menschen. Stipendienprogramme sowie eine verbesserte Aus-, Fort- und Weiterbildung müssten zügig ausgebaut werden.

Gerade hochbetagte, pflegebedürftige oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen seien auf Haus- und Heimbesuche von Allgemeinärzten, Fachärzten und Therapeuten angewiesen, betonte Borchers-Siebrecht: »Der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen fordert die Aufsichtsbehörden auf einzuschreiten, damit die Krankenkassen die Versorgung ihrer Versicherten sicherstellen.« *lnb*

## »Ich bin zufrieden mit dem, was ich hab«

*Frauen können besser mit Einsamkeit im Alter umgehen als Männer*

**Sonthofen/München** (epd). *Die Einsamkeit ist für viele ältere Menschen das Schlimmste. Von den über 65-Jährigen lebt jede zweite Frau und jeder fünfte Mann allein. Aber Frauen können besser damit umgehen, haben Münchner Forscher nun herausgefunden.*

In der Küche des rund 300 Jahre alten Bauernhauses am Rande des Oberallgäuer Weilers Walten bei Berghofen scheint es, als sei die Zeit stehengeblieben. In rund 850 Metern Höhe wohnen die 90-jährige Resi Wechsel und ihre 63-jährige Tochter Elisabeth. Ihr Ofen ist bereits seit 100 Jahren im Einsatz, es wird mit Holz geheizt, im Kücheneck steht ein Kanapee, im Herrgottswinkel hängt ein hölzernes Kreuzifix.

»Nur zu Festen wie Weihnachten verlasse ich das Haus«, sagt Resi Wechsel. Einsamkeitsgefühle sind der 90-Jährigen trotz der Abgeschlossenheit fremd. »Ich beteilige mich am familiären Geschehen, habe hier immer etwas zu tun, mal kommen die Enkel, ich lese Zeitung und erledige schriftliche Arbeiten«, sagt die gelernte Buchhalterin. »Einsamkeit kenne ich gar nicht.«

In der Dorfgemeinschaft ist sie längst die Älteste. »Alle andern sind gestorben«. Der Kontakt zur Familie, ihren drei Töchtern und drei Enkeln, ist für die Rentnerin daher von hohem Wert. »Meine zwei anderen Töchter wohnen auch im Allgäu, da sieht man sich öfter, das genieße ich«, sagt sie. »Ich bin zufrieden mit dem, was ich hab«.

Für viele Menschen über 65 sieht der Alltag anders aus: Fünf bis 20 Prozent der Senioren – je nach Studie – klagen über ausgeprägte Einsamkeitsgefühle, sagt Karl-Heinz Ladwig vom Helmholtz Zentrum in München.

Eigentlich sei das Risiko, im Alter einsam zu werden, für Frauen sogar viel höher als für Männer, weiß Ladwig: »Sie sind häufiger verwitwet, leiden eher an körperlichen Gebrechen, die ihre Kontaktmöglichkeiten begrenzen, und auch häufiger an Depressionen und Angst.« Aber: Frauen können diese Risikofaktoren offenbar ausgleichen.

Frauen verfügen womöglich über ein höheres Ausmaß an »Resilienz«, einer stärkeren psychischen Widerstandskraft, schlussfolgert Ladwig. »Salopp gesagt scheinen Frauen eine Stehaufmännchenqualität mitzubringen, die ihnen hilft, mit belastenden Situationen besser fertig zu werden als Männer.«

Das bestätigt eine Untersuchung Ladwigs mit 1.079 Probanden im Alter von über 65 Jahren. Frauen und Männer sind im Alter ungefähr gleich häufig von Alleinsein betroffen, obwohl Frauen deutlich mehr Risikofaktoren aufweisen. »Die Qualität der Sozialkontakte spielt eine entscheidende Rolle«, sagt der Forscher, der Professor an der Klinik für Psycho-



Foto: epdbild

**Resi Wechsel (li.) lebt gemeinsam mit ihrer Tochter Elisabeth Wechsel in einem abgeschiedenen Weiler im Oberallgäu in einem 300 Jahre alten Bauernhaus.**

somatische Medizin und Psychotherapie am Klinikum rechts der Isar in München ist. Während Frauen oft enge Freundschaften pflegten oder intensiven Kontakt zu Nachbarn hätten, ständen Männer eher mit ehemaligen Arbeitskollegen in Verbindung. Doch diese seien häufig keine Vertrauenspersonen.

Was Ladwig besonders überrascht hat: Wenn es um das Gefühl von Einsamkeit im Alter geht, ist es oft unerheblich, ob die Menschen allein leben oder nicht: »Die Senioren empfinden es nicht als Belastung, alleine zu leben, wenn sie über ein intaktes Netz von Sozialkontakten verfügen.«

»Einsamkeit heißt nicht unbedingt, allein zu sein«, sagt auch Beier. »Einsam fühlt sich der, der meint, von allen Menschen verlassen zu sein, keine Ansprechpartner mehr zu haben und keine Hilfsmöglichkeiten mehr zu sehen.« Da hochbetagte Menschen sich oft mit Tod und Verlust auseinandersetzen müssten, seien sie auch häufiger depressiv. Das kann dann Einsamkeit und Isolation noch verstärken.

So wie die 90-jährige Resi Wechsel können nur die wenigsten alt werden. Für sie ist es »ein Geschenk«, dass ihre Tochter Elisabeth mit ihr zusammenwohnt. Gemeinsam kochen sie Mehlspeisen wie »Krautkrapfen« und pflegen die üppigen Blumen. »Wir stehen um sieben Uhr auf, heizen ein, füttern die Katze, decken den Tisch«, erzählt Resi Wechsel. Ihre Tochter ergänzt: »Dann werden die Betten gemacht, das Mittagessen geplant, um 18 Uhr gibt es Abendbrot. Wir halten uns an die festen Zeiten.«

»Die Dankbarkeitsgefühle, dass ich hier mit meiner Tochter leben kann und nicht alleine bin, sind mit zunehmendem Alter stärker geworden«, sagt Resi Wechsel. »Und wenn meine Angehörigen ab und zu kommen, bin ich zufrieden. Ich habe nicht den Anspruch, dass sie jeden Tag hier auftauchen. Wenn es nötig ist, dann habe ich auch noch das Telefon.«

Hanna Eder ■

## »Herausfordernd und einzigartig«

Wenn Paare sich zur Adoption behinderter Kinder entscheiden

**Schwarzenfeld** (epd). *David und Carolin Neufeld haben sich bewusst dafür entschieden, zwei Söhne mit Down Syndrom zu adoptieren. Ein ungewöhnlicher Schritt – denn deutschlandweit haben Vermittlungsstellen Mühe, Adoptiveltern für behinderte Kinder zu finden.*

Manchmal macht David Neufeld auf der Arbeit kurz Pause und schaut seinen Bildschirmschoner an: Ein Foto von seinem Adoptivsohn Alexander. Der Verleger und seine Frau Carolin haben Alexander zu sich genommen, als er sechs Wochen alt war. Alexander hat das Down Syndrom, heute ist er zwölf. »Sein Bild anzugucken, tut total gut«, sagt David Neufeld. »Das Leben zu genießen, den Augenblick wahrzunehmen – Alexander verkörpert das ganz stark.«

Die Neufelds leben mit Alexander und ihrem zweiten Adoptivsohn, dem siebenjährigen Samuel, der ebenfalls das Down Syndrom hat, im oberpfälzischen Schwarzenfeld. Ihr Pflegesohn Onur lebt mittlerweile nicht mehr in der Familie. »Das ist ein herausforderndes Leben«, sagt Neufeld, »aber auch ein ganz einzigartiges, das ich nie missen möchte.«

### Der letzte Ausweg ist eine Unterbringung im Heim

In Deutschland standen 2012 rechnerisch einem zur Adoption freigegebenen Kind sechs mögliche Elternpaare gegenüber. Lange Wartezeiten für Adoptiveltern sind die Regel. Bei Kindern mit Behinderungen ist das anders. Jugendämter haben Mühe, Eltern für sie zu finden.

Vermittlungsstellen fragen alle adoptionswilligen Paare, ob sie auch ein behindertes Kind aufnehmen würden. Es gibt keine Zahlen darüber, wie viele mit »Ja« antworten. »Aber es sind ganz wenige, leider«, sagt Claudia Flynn, Leiterin der zentralen Adoptionsstelle des bayerischen Landesjugendamtes. Die Adoptionsstellen der Landesjugendämter werden eingeschaltet, wenn für ein Kind nach drei Monaten keine Adoptiveltern gefunden wurden – oft sind das Kinder mit Behinderungen. Die Stellen suchen dann überregional nach Eltern.

Flynn schätzt, dass in Bayern jährlich um die fünf Kinder mit Beeinträchtigungen vermittelt werden. Oft nicht in Adoptivfamilien, sondern zunächst oder auf Dauer in eine Pflegefamilie. Der letzte Ausweg ist eine Unterbringung im Heim. Wie viele Kinder mit Behinderung Eltern suchen oder pro Jahr in Adoptiv- und Pflegefamilien vermittelt werden, wird nicht zentral erfasst.

David und Carolin Neufeld hatten eigentlich nicht geplant, ein behindertes Kind aufzunehmen. Als sie



Carolin Neufeld mit ihren Söhnen Alexander und Samuel

Foto: epdbild

gefragt wurden, ob sie sich auch einen Sohn oder eine Tochter mit einer Behinderung vorstellen könnten, antworteten sie dennoch mit Ja. »Wir haben das nicht als Wunschkonzert gesehen«, sagt David Neufeld heute. Bei einem leiblichen Kind könne man schließlich auch nicht vorhersehen, ob es mit einer Behinderung auf die Welt komme.

Berührungsängste hatte das Paar nicht, Carolin Neufeld hatte zuvor als Erzieherin in einer Schule für Kinder mit geistiger Behinderung gearbeitet. Als dann Pflegesohn Onur schon in der Familie lebte, kam ein Anruf vom Jugendamt: Sie hätten da ein besonderes Kind. Ob sich die Neufelds noch immer eine Adoption vorstellen könnten? »Wir haben Alexander am Dienstag zum ersten Mal gesehen«, erzählt Neufeld. »Onur hat sich im Krankenhaus direkt neben ihn ins Bett gelegt. Am Freitag haben wir ihn mit nach Hause genommen.«

### »Man muss sich das einfach trauen«, sagt Pflegemutter Kerstin Held

Kerstin Held ist seit 2000 Pflegemutter. Zurzeit hat sie zwei schwerbehinderte Pflegekinder, bald kommt ein drittes. »Man muss sich das einfach trauen«, sagt Held, die stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandes behinderter Pflegekinder ist. »Denn das Leben mit den Kindern ist ein Geschenk. Sie konzentrieren einen auf das Wesentliche im Leben.« Held berichtet aber auch, dass ihr Leben mit viel Aufwand verbunden ist. Ihre Kinder benötigen rund um die Uhr teure medizinische Betreuung. Es gebe durchaus staatliche Unterstützung, sagt sie. »Aber man muss wissen, an wen man sich wenden muss.«

Gerade bei behinderten Pflegekindern ist die rechtliche Lage kompliziert – mal zahlt das Jugendamt, mal das Sozialamt. Nicht selten schoben sich die Ämter die Zuständigkeiten gegenseitig zu, kritisierte das Deutsche Jugendinstitut in einer Untersuchung für das Bundesfamilienministerium. Zudem müssen ➤



► Pflegeeltern mit dem Amt selbst abstimmen, wie viel Geld neben dem einheitlichen Pflegegeld für Kosten gezahlt wird, die mit der Behinderung zusammenhängen – nicht jeder bekommt also gleich viel.

### Alexander und Samuel bekommen Logopädie, Ergotherapie und Physiotherapie

»Wir sind als Eltern enorm gefordert«, sagt auch David Neufeld. »Die Kinder brauchen gerade am Anfang besonders viel Zuwendung.« Alexander und Samuel bekommen Logopädie, von Zeit zu Zeit auch Ergotherapie und Physiotherapie. Seine Frau hat ihren Beruf aufgegeben, als Onur in die Familie kam. Be-reut haben die Neufelds ihr »Ja« zu ihren Söhnen nie.

»Unser Leben ist ein bisschen anders, bringt aber ganz bedeutsame und besondere Momente mit sich«, sagt Neufeld. »Unsere Söhne haben uns mit auf Wege genommen, die wir ohne sie nie beschritten hätten.«

Jasmin Maxwell ■

- Conny Wenk, Außergewöhnlich, Neufeld Verlag, Schwarzenfeld, 2013, ISBN 978-3-86256-043-1
- Mittendrin-Magazin des Bundesverbandes behinderter Pflegekinder: <http://www.mittendrin-magazin.de>
- Handbuch Pflegekinderhilfe des Deutschen Jugendinstituts: [http://www.dji.de/pkh/DJI\\_DIJuF\\_Handbuch\\_Pflegekinderhilfe.pdf](http://www.dji.de/pkh/DJI_DIJuF_Handbuch_Pflegekinderhilfe.pdf)

## Smartphone weist Blinden den Weg

*Nützliche digitale Ergänzung zum Langstock im Test*

**Würzburg** (epd). *Seine Orientierungshilfe hat der sehbehinderte André Kriebel immer bei sich. Als er vor der Kantine des Berufsförderungswerkes (BFW) Würzburg steht, holt er sein iPhone aus der Tasche und scannt den QR-Code, der neben der Punktschrift auf dem Türschild angebracht ist. Die Punkte und weißen Flächen setzt die Computertechnik in Informationen um und eine Stimme liest vor: »Zimmer: 0111. Dies ist eine Station des Rundwegs, der Sie durch wichtige Stationen der Ebene Null führt.«*

So erfährt Kriebel auch gleich, dass etwa zehn Meter nach rechts das Treppenhaus und der Service liegen und er den Hauptaussgang passieren kann. Das Informationssystem ist ein Pilotprojekt des Bildungszentrums.

### So hilfreich wie ein Schweizer Taschenmesser

Mit ins Leben gerufen hat es der Rehabilitationslehrer Hellmuth Platz. Er bezeichnet das iPhone für Blinde und Sehbehinderte als etwas, was für Sehende ein Schweizer Taschenmesser ist. Platz ist bundesweit einer von wenigen Spezialisten, die ein speziell abgestimmtes Mobilitätstraining anbieten.

»Die wichtigste Funktion ist, dass man sofort weiß, wo man sich gerade befindet«, unterstreicht Platz die Bedeutung des digitalen Helfers. Denn für Blinde sei es der »Supergau«, die Orientierung zu verlieren. Um das zu verhindern, könnten sie sich mit Hilfe der Spracherkennung immer den aktuellen Standort mitteilen lassen und diesen im Notfall per SMS oder Mail versenden.

Platz legt allerdings Wert darauf, dass das iPhone mit den speziellen akustischen Menüführungen, dem sogenannten Voice-Over, allenfalls eine zusätzliche Hilfe ist. »Der Langstock ist weiterhin das A und O zur Orientierung. Ohne den geht es nicht«, betont er. Das Smartphone könne zwar den Weg vorgeben, es

sei aber nicht in der Lage, auf Stufen oder ähnliche Stolperfallen hinzuweisen.

Dass speziell im iPhone solche Funktionen stecken, hat dem EDV-Lehrer zufolge seinen Grund: Weil Software in den USA generell barrierefrei sein muss, wurde das zum iPhone gehörende Betriebssystem iOS 7 auch von Blinden getestet und für sie optimiert.

Kriebel sagt, das iPhone helfe ihm im täglichen Leben. »Ich mache meine ganzen Bankgeschäfte damit blind.« Und zur Bestätigung lässt er Daumen und Zeigefinger kreisförmig über das Display huschen und öffnet so ruckzuck Apps und verändert Systemeinstellungen wie Lautstärke der Computerstimme. Platz ist verblüfft: »So schnell könnte ich mich nie durch die Untermenüs hangeln.«

### »Natürlich gibt es auch ältere Blinde, die damit hoffnungslos überfordert sind«

In der Arbeitsgruppe »BFW mobile« entstand in Würzburg die Idee zu den QR-Codes auf den Türschildern und das Konzept zur Mobilitätsschulung mit Smartphones, das außer in Unterfranken auch in Berlin und Braunschweig angeboten wird. Platz kam auf die Idee durch die Teilnehmer seiner Rehabilitationskurse. »Die haben iPhones und iPads immer mehr eingesetzt und es mir dann gezeigt«, erinnert er sich. Jetzt nehme das Apple-Smartphone in der Hilfsmittelberatung einen immer größeren Stellenwert ein. Was nach seiner Beobachtung aber auch eine Generationenfrage ist: »Natürlich gibt es auch ältere Blinde, die damit hoffnungslos überfordert sind.«

Zwar gibt es jetzt schon spezielle Apps wie »Blind-Square«, die Sehbehinderten etwa die Bewertung eines nahe gelegenen Restaurants vorlesen. Doch die Entwicklung geht weiter. Bis Ende 2015 soll es laut dem Rehabilitationslehrer ein spezielles Programm geben, das bis auf einen Meter genau den Weg weist. Vor Stolperfallen kann allerdings auch das nicht warnen.

Ralph Bauer ■

## »Zeig mal!«

*Pädophilie-Kontroverse um ein Aufklärungsbuch/ Vom Verkaufserfolg zum Verbot*

**Wuppertal** (epd). *In den 70er Jahren galt das Aufklärungsbuch »Zeig mal!« als fortschrittlich. Im Licht der aktuellen Pädophilie-Debatte sehen der damalige Verleger und Sexualpädagogen das Buch kritisch.*

Die großformatigen, schwarz-weißen Bilder zeigen nackte Kinder und nackte Erwachsene, manchmal auch zusammen auf einem Foto. Es sind Zärtlichkeiten zu sehen, Geschlechtsteile in Nahaufnahme. »Zeig mal!« ist 1974 erschienen, als »Bilderbuch für Kinder und Eltern«. Was viele Kritiker damals als Befreiungsschlag in der Aufklärungsliteratur sahen, erscheint heute in der Debatte um Pädophilie und den sexuellen Missbrauch von Kindern in einem anderen Licht.

Hermann Schulz war von 1967 bis 2001 Leiter des Wuppertaler Peter Hammer Verlags, der »Zeig mal!« unter dem früheren Verlagsnamen Jugenddienst-Verlag veröffentlichte. Der Verlag ist eng mit der evangelischen Kirche verbunden und verbreitet vor allem Literatur aus Afrika und Lateinamerika. Mit »Zeig mal!« habe sich der Verlag auch im Bereich der Sexualaufklärung einen Namen gemacht, berichtet Schulz.

### Die evangelische Kirche, Pro Familia und die GEW empfahlen »Zeig mal!«.

Viele Eltern und Lehrer hätten ihm damals gedankt, weil sie mit dem Buch ganz anders mit Kindern über ihre Sexualität hätten reden können, sagt der heute 75-Jährige. Das Buch mit Fotos von Will McBride und Texten der Jugendpsychiaterin Helga Fleischhauer-Hardt war ein großer Erfolg: In Deutschland verkaufte es sich 90.000 Mal, in den USA über 300.000 Mal. Die evangelische Kirche, Pro Familia und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft empfahlen »Zeig mal!«.

Trotzdem sagt Schulz heute, er würde das Aufklärungsbuch so nicht mehr drucken. Denn das Vorwort, das Sexualpädagoge Helmut Kentler (1928–2008) schrieb, bringt den Peter Hammer Verlag in eine ähnliche Situation wie die Grünen, die sich aktuell mit ihrer wenig pädophilenkritischen Vergangenheit auseinandersetzen.

Kentlers Vorwort ist eine historische Abhandlung über den Umgang mit der Sexualität von Kindern – vom Mittelalter bis zur 68er-Bewegung. Der in den 70er Jahren bekannte Sexualpädagoge geriet später wegen seiner positiven Einschätzung von Pädophilie in die Kritik.

In »Zeig mal!« gibt er unter anderem eine Schilderung von sexuellen Kontakten zwischen einem 24-Jährigen und einer Dreijährigen wieder. Sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern, schreibt er, könnten »positive Folgen für die Persönlichkeitsent-

wicklung« haben, wenn sie nicht von der Umwelt diskriminiert würden.

Der frühere Verleger Schulz fand das Vorwort damals kulturgeschichtlich interessant – das sei wohl naiv gewesen, sagt er rückblickend. Über sexuellen Kindesmissbrauch sei in den 70er Jahren kaum etwas bekannt gewesen. Aus heutiger Sicht sei der Text sehr fragwürdig.

Die Bilder von Will McBride verteidigt Schulz dagegen. Fotografie in Aufklärungsbüchern habe es vorher kaum gegeben. Das große Format wählte er ganz bewusst. »Ich habe gedacht: Wenn man so ein Buch macht, dann soll es keines sein, das man heimlich in die Tasche steckt.« Für seine Gestaltung erhielt »Zeig mal!« Auszeichnungen von Art Director Clubs in den USA und Deutschland.

Auch der Sexualpädagoge Uwe Sielert bewertet »Zeig mal!« zwiespältig. »Das Buch brachte Botschaften in die Öffentlichkeit und die erzieherische Praxis, die in der damaligen Zeit dringend notwendig waren«, sagt der Professor der Universität Kiel, der am Runden Tisch zu sexuellem Kindesmissbrauch der Bundesregierung mitwirkte. Dazu gehöre, dass auch Kinder eine Sexualität hätten und es kein Grund zur Aufregung sein müsse, wenn sie Erwachsene nackt sähen.

### Bei sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern gibt es immer ein Machtgefälle

»Ganz neu war auch die Botschaft, dass man mit Kindern über Sexualität reden kann«, sagt Sielert. »Das ist eine wichtige Prävention gegen sexuellen Missbrauch.« Doch viele Forschungsergebnisse über Pädophilie, Missbrauch und die traumatisierenden Folgen von Sex mit Erwachsenen für Kinder seien erst seit den 80er Jahren öffentlich. Sielert sieht Kentlers Vorwort daher kritisch und hält es für – zeitbedingt – einseitig geschrieben.

»Es fehlt die Aussage, dass sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern immer mit einem Machtgefälle einhergehen und Kindern ihnen eine ganz andere Bedeutung zumessen als Erwachsene«, sagt Sielert. Auch Grenzüberschreitungen in der Sexualität würden in »Zeig mal!« nicht genügend thematisiert.

Für Kontroversen sorgte das Buch schon nach seinem Erscheinen. In den USA wurde es schließlich verboten. In Deutschland blieben mehrere Indizierungsanträge erfolglos. Nachdem in den 90er Jahren die letzten Lagerbestände verkauft waren, druckte der Verlag das Buch nicht mehr nach. Heute kann man »Zeig mal!« noch in Bibliotheken lesen – und in Internetbörsen für mehrere hundert Euro kaufen.

Jasmin Maxwell ■

## Zu viel Geld für Familien?

Familienbund der Katholiken räumt mit dem »200-Milliarden-Euro-Märchen« auf

Von Markus Faßhauer

**M**ehr als 200 Milliarden Familienförderung – für nichts«, titelte das Magazin Focus im Juni. Solche Schlagzeilen unterstellten, dass Familien zu viel Geld vom Staat bekommen. Die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung lautet: Deutschland gibt Jahr für Jahr 200 Milliarden Euro und damit fast ein Zehntel seiner Wirtschaftsleistung für die Familienförderung aus. Dennoch bleibe die Familienpolitik weitgehend wirkungslos. Bereits 2007 hatte Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) verkündet, dass insgesamt »185 Milliarden Euro in der Bundesrepublik Deutschland im weitesten Sinne für Familienförderung ausgegeben werden«. Um dann hinzusetzen, dass »es in Deutschland nicht zu wenig Geld gibt für Familienpolitik, (...) sondern dass das Geld falsch eingesetzt wird«.

Neuen Auftrieb erhielt die Diskussion in diesem Jahr mit der schrittweisen Veröffentlichung der Ergebnisse der sogenannten Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen. Seit 2009 werden in elf Modulen zahlreiche Maßnahmen und Instrumente wissenschaftlich analysiert, um politische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Überprüft werden insbesondere ökonomische Wirksamkeit und Effizienz. Das Projekt wird vom Familien- und vom Finanzministerium getragen. Zuständig sind die vor allem die großen Wirtschaftsinstitute DIW, ZEW und ifo. Der Abschlussbericht soll Ende des Jahres erscheinen.

Die Evaluation geht weit über die Familienförderung hinaus und bezieht auch Maßnahmen ein, die andere – meist verfassungsrechtlich vorgegebene – Zwecke verfolgen. So dient etwa die Freistellung des Kinderexistenzminimums ausschließlich der Herstellung von Steuergerechtigkeit, auf die alle natürlichen und juristischen Personen Anspruch haben.

Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II sind dazu da, allen Bürgern das garantierte menschenwürdige Dasein sicherzustellen. Von den angeblich 11,6 Milliarden Euro für Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung werden den Eltern tatsächlich nur jährlich 6,2 Milliarden ausgezahlt. Der Rest ist ein versteckter Zuschuss des Bundes in die allgemeine Rentenkasse. Die Versorgung von Witwen und Witwern hat mit Familienförderung nichts zu tun, denn sie erfolgt unabhängig von generationenübergreifenden Familienbeziehungen. Aus diesem Grund scheidet auch das Ehegattensplitting als familienpolitische Wohltat aus. Gleiches gilt für die Schülerbeförderung, denn die Schulpflicht setzt die Erreichbarkeit der Schule voraus. Zahlreiche weitere Beispiele ließen sich aufzählen.

Indem undifferenziert verschiedenste Instrumente »über einen Kamm geschoren« werden, ergibt sich rechnerisch die unglaubliche Summe von 200 Milliarden Euro. Von oftmals familienfremden Interessen



**Markus Faßhauer ist Jurist und ist seit 2007 wissenschaftlicher Referent in der Bundesgeschäftsstelle des Familienbundes der Katholiken.**

Foto: FDK/G. Breloer

geleitet, wird dieser Betrag eifrig in die Öffentlichkeit getragen. Dabei beziffert selbst das Familienministerium die Förderung auf nicht mehr als 55,4 Milliarden Euro. Der Familienbund der Katholiken hält selbst das für zu hoch und kommt auf 39,1 Milliarden Euro. Noch nicht berücksichtigt ist, dass Familien einen Großteil der Gelder durch Steuern selbst finanzieren. Unter dem Strich kosten Familien den Staat kein Geld. Sie erbringen mit der Sorge für die nachwachsenden und die älteren Generationen Leistungen, ohne die unsere Gesellschaft gar nicht existieren könnte.

Jedoch ist nicht nur die maßlos übertriebene Höhe der familienpolitischen Leistungen verheerend, sondern auch der Ansatz der Gesamtevaluation selbst. Es dominiert eine einseitig ökonomische Sichtweise, die am Kosten-Nutzen-Kalkül ausgerichtet ist. Gefragt wird nach der Optimierung von Geburtenzahlen, nach der besseren Verfügbarkeit von Müttern am Arbeitsmarkt, nach gesamtwirtschaftlichen Effekten: Unter dem Deckmantel der Familienpolitik agieren Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bevölkerungs- und Haushaltspolitik.

**D**agegen müssten die Wünsche und Bedürfnisse von Familien maßgeblich für die Untersuchungen sein. Denn Familienpolitik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Familien ihre Lebensentwürfe umsetzen können. Zusammenfassend ergeben sich folgende Aufgaben:

- Mit den Zahlen zu den Familienleistungen ist seriös umzugehen. Das »200-Milliarden-Euro-Märchen« suggeriert eine Förderung, die in diesem Umfang nicht besteht.
- Familienpolitik muss wieder neu als Politik aus der Perspektive von Familien verstanden und gestaltet werden. Notwendig ist ein Bewusstsein dafür, dass Familienpolitik einen unersetzbaren Eigenwert für unsere Gesellschaft hat.
- Bestehende Lücken in der Familienförderung lassen sich nur durch einen sachgerechten Ausbau von Leistungen schließen. Familienpolitik gehört ganz nach oben auf die politische Agenda.

● Über die Aktion des Familienbundes »Das 200-Milliarden-Euro-Märchen« informiert die Verbandszeitschrift »Stimme der Familie« 4/2013.

Bundesfreiwillige

## Weit mehr Senioren im Osten aktiv

**Berlin** (epd). In den ostdeutschen Bundesländern leisten weiterhin sehr viel mehr Erwachsene und ältere Menschen einen Bundesfreiwilligendienst als in den westlichen Ländern, wo die Jugendlichen deutlich überwiegen. Das geht aus der Oktober-Statistik hervor, die das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben am 31. Oktober veröffentlichte.

Insgesamt waren nach Angaben der Behörde Ende Oktober 47.176 Menschen im Bundesfreiwilligendienst tätig. Der Trend zu immer mehr älteren Freiwilligen im Osten hat sich in den vergangenen zwölf Monaten noch verstärkt.

In den fünf ostdeutschen Ländern sind der Statistik zufolge rund dreimal so viele 51- bis 65-Jährige als sogenannte »Bufdis« beschäftigt wie junge Erwachsene unter 27 Jahren. In Sachsen beispielsweise waren Ende Oktober 2.514 Bundesfreiwillige zwischen 51 und 66 Jahre alt, aber nur 939 jünger als 27. In Brandenburg kommen 1.103 Ältere auf 350 Junge. In den mittleren Jahrgängen zwischen 27 und 50 Jahren kommen in den fünf östlichen Ländern ebenfalls drei Ältere auf einen Jungen.

Die Anteile Älterer und Jüngerer im Bundesfreiwilligendienst werden statistisch seit April 2012 erfasst. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich der Anteil Älterer gegenüber den Jüngeren noch einmal erhöht. Vor einem Jahr, im Oktober 2012, kamen im Osten etwa zwei 51- bis 65-Jährige auf einen jungen Erwachsenen bis 27 Jahre. bm

Prostitutionsgesetz

## Politikerinnen drängen auf Reformen

**Saarbrücken/Hannover** (epd). Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) setzen sich für eine Änderung des Prostitutionsgesetzes ein.

Kramp-Karrenbauer unterstütze den von der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer ins Leben gerufenen »Appell gegen Prostitution«, teilte die Staatskanzlei am 30. Oktober mit. Anstatt durch eine formale Legalisierung der Prostitution die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern, sei das Gegenteil erreicht worden, kritisierte Kramp-Karrenbauer.

Rundt sagte am 31. Oktober in Hannover, die Bundesregierung müsse das 2002 in Kraft getreten Prostitutionsgesetz nachbessern. Sie forderte mehr Schutz und bessere Rahmenbedingungen für Prostituierte.

Der an Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Bundestag gerichtete Appell setzt sich für eine Änderung des Prostitutionsgesetzes der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2002 ein. lmw

Organspende

## Neues Infopaket für Schulunterricht

**Köln** (epd). Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die Techniker Krankenkasse wollen mit einem neuen multimedialen Unterrichtspaket Schüler über das Thema Organspende informieren. Unter der Überschrift »Organspende macht Schule« liegen neben einem Film nun auch methodische Materialien für Schüler ab Klasse neun und deren Lehrer vor, wie Bundeszentrale und Krankenkasse am 5. November mitteilten.

Kaum ein Jugendlicher wisse, dass das Thema früh im Leben bedeutend werden könne, hieß es. Bereits ab 14 Jahren könne ein verbindliches Nein beziehungsweise ab 16 Jahren ein Ja für eine Organ- oder Gewebespende ausgesprochen werden. lwd

Energiearmut in NRW

## Rat und Hilfe für 700 Stromschuldner

**Düsseldorf** (epd). Beim Projekt »NRW bekämpft Energiearmut« haben seit dem Start vor einem Jahr fast 700 Menschen Rat gesucht, die

ihre Stromrechnung nicht bezahlen konnten. Bei 130 davon war der Strom bereits abgestellt, bei 226 drohte akut eine Stromsperre, wie die Verbraucherzentrale NRW am 31. Oktober in Düsseldorf mitteilte. In fast 85 Prozent der Fälle hätten die Berater zusammen mit Energieversorgern, Jobcentern und Sozialämtern eine Lösung gefunden.

So hätten 21 Prozent der Ratsuchenden zum Beispiel ein Darlehen für die Stromschulden beim Jobcenter oder dem Sozialamt aufnehmen können.

Das Projekt ist im Oktober 2012 in Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Köln, Krefeld, Mönchengladbach und Wuppertal gestartet. Dabei berät die Verbraucherzentrale Menschen, die Stromschulden haben, in finanziellen und rechtlichen Fragen. Mehr als die Hälfte der Ratsuchenden hatten zwischen 500 und 2.000 Euro Schulden bei ihren Energieversorgern, 40 Prozent weniger als 500 Euro. lwd

Sozialminister Grüttner:

## Krippenplätze besser belegen

**Wiesbaden** (epd). In Hessen gibt es mittlerweile rund 56.700 Betreuungspunkte für Kinder unter drei Jahren. Zum 1. November besteht damit ein Angebot für 37,9 Prozent der hessischen Kleinkinder, wie Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) am 5. November erklärte. Für die Städte und Kommunen gehe es nun darum, die vorhandenen Plätze besser zu belegen.

Grüttner schlug vor, Internetportale einzurichten, die Auskunft über geplante und verfügbare Plätze geben und Doppelanmeldungen transparent machen. Auch könnten die Kommunen besser dafür sorgen, dass Eltern die Wahl zwischen Betreuungseinrichtungen und Tagespflegepersonen hätten.

»Die Kommunen haben große Anstrengungen unternommen«, sagte der Minister bezüglich der Schaffung von Krippenplätzen. Daher habe es in Hessen kaum Probleme mit dem neuen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gegeben. lmw

## »Wichtige Forderungen bleiben bestehen«

Diakonie-Vorstand Tobias Mähner zum Kurswechsel in Bayerns Asylpolitik

**Nürnberg** (epd). *Plötzlich sollen die Essenspakete abgeschafft und das Arbeitsverbot für Asylbewerber gelockert werden, dann besucht Bayerns neue Sozialministerin Emilia Müller (CSU) überraschend die Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf. Die Flüchtlingspolitik im Freistaat scheint sich zu wandeln. Diakonie-Vorstand Tobias Mähner glaubt aber nicht, dass den Wohlfahrtsverbänden bald die Forderungen an die Politik ausgehen. Gleichwohl begrüßt er im Gespräch mit Daniel Staffen-Quandt die Vorstöße Müllers.*

**epd sozial:** Herr Mähner, wird die Asylpolitik in Bayern durch Emilia Müllers Vorstoß wirklich sozialer?

**Tobias Mähner:** Diese Ankündigungen der neuen Sozialministerin sind ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Es handelt sich dabei ja um Forderungen, die wir als Diakonie - wie auch andere Sozialverbände - seit Jahren erhoben haben. Ich denke, das hat sich auch schon unter ihrer Vorgängerin Christine Haderthauer (CSU) angedeutet. Die hat ja stets gesagt, dass sie für eine nicht mehr so restriktive Flüchtlingspolitik innerparteilich keine Mehrheit hat. Ich denke, dass sich da auch durch die Flüchtlingsproteste in München und in Würzburg die Einstellung von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) zu dem Thema geändert hat.

**epd:** Die Gemeinschaftsunterkünfte sollen vorerst wohl bleiben, ist das aus Ihrer Sicht ein Problem?



Tobias Mähner

**Mähner:** Das Problem ist eher, wie die Sozialbetreuung in den Gemeinschaftsunterkünften geregelt ist. Wir haben immer mehr Flüchtlinge, die zu uns kommen - und wir müssen versuchen, diese Leute erst einmal aufzunehmen und zu klären, welche Hilfe sie brauchen. Dazu brauchen wir mehr Mitarbeiter in der Asylsozialbetreuung. Wenn das gesichert ist, habe ich zu Beginn des Aufenthalts in Deutschland nichts gegen Gemeinschaftsunterkünfte. Sie sollten nur keine jahrelange Dauerlösung für die Flüchtlingsunterbringung sein.

**epd:** Wird es für Wohlfahrtsverbände durch die Vorstöße schwieriger, weitere Verbesserungen zu fordern?

**Mähner:** Mit diesen Verbesserungen kann uns die Staatsregierung sicher nicht den Wind aus den Segeln nehmen, nein. Es bleiben ja noch etliche wichtige Forderungen unsererseits, die bisher nicht angetastet wurden, zum Beispiel die Abschaffung der Residenzpflicht. Und eigentlich müssen wir als Sozialverbände ja immer darauf hinarbeiten, dass wir nicht mehr gebraucht werden. Insofern freuen wir uns über jede Verbesserung für unsere Klientel. Wenn wir keine Forderungen mehr stellen müssten, das wäre doch sehr erfreulich.

Demo in Hamburg

### Aufenthaltsrecht für Afrikaner gefordert

**Hamburg** (epd). Rund 9.000 Demonstranten haben am 2. November in Hamburg ein Bleiberecht für die Libyen-Flüchtlinge gefordert, die sich seit Anfang des Jahres in der Stadt aufhalten. Auf Transparenten stand »Kein Mensch ist illegal«, »Wir sind gekommen, um zu bleiben« oder »Bleiberecht für alle und auf Dauer - um Europa keine Mauer«.

Gefordert wurde ein Bleiberecht nach Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes. Der Senat müsse anerkennen, dass den rund 300 Kriegsflüchtlings aus Libyen in Italien, wo sie zunächst untergekommen waren, kein angemessener Schutz garantiert werden könne.

Regelungen für einen Verbleib in Hamburg soll auf Vorschlag der

Flüchtlinge eine Kommission treffen. Der Senat lehnt das bisher ab. Rechtsstaatliche Maximen seien »nicht verhandelbar«. Voraussetzung zur Prüfung aller Einzelfälle sei die Offenlegung jeder einzelnen Identität.

Drei Libyen-Flüchtlinge aus der St. Pauli-Kirche, in der seit Anfang Juni etwa 80 Männer übernachteten, hatten in der zurückliegenden Woche Anträge auf Bleiberecht gestellt und daraufhin von der Ausländerbehörde ihre Duldung für die Dauer des Verfahrens erhalten. *lnh*

Neue Unterkunft

### Berliner Flüchtlinge haben neue Bleibe

**Berlin** (epd). Die 25 Flüchtlinge in den Räumen der evangelischen Heilig-Kreuz-Passion-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg sind am 5. No-

vember in eine neue Unterkunft umgezogen. Ihnen werden bis Ende Januar insgesamt sechs Wohnungen in einem Wohnhaus der katholischen Aachener Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft zur Verfügung gestellt, teilte ein Sprecher mit. Wo sich die Immobilie befindet, wollte er noch nicht sagen.

Die Aachener Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft ist unter anderem durch ein preisgekröntes Wohnprojekt für mehrere hundert Roma in Berlin-Neukölln bekanntgeworden. Bei der Unterkunft für die Flüchtlinge soll es sich aber um ein anderes Objekt handeln.

Bevor die 25 Flüchtlinge in Räumen der evangelischen Kirchengemeinden untergekommen waren, hatten sie vom 9. bis 20. Oktober vor dem Brandenburger Tor mit einem Hungerstreik- und später auch Durststreik für eine andere Asylpolitik in Deutschland demonstriert. *lob*

# Kirchen nehmen Lampedusa-Flüchtlinge auf

*Evangelische Gemeinden in Frankfurt suchen dauerhafte Lösung*

**Frankfurt a.M.** (epd). *In einer evangelischen Frankfurter Kirchengemeinde haben 22 afrikanische Flüchtlinge Obdach gefunden. Die jungen Männer seien am 2. November in der Kirche der Gemeinde Cantate Domino untergekommen, sagte Pfarrerin Sabine Fröhlich dem Evangelischen Pressedienst. Eine dauerhafte Lösung werde gesucht.*

Die Afrikaner hätten die Flucht über das Mittelmeer auf die italienische Insel Lampedusa geschafft und seit mehreren Wochen unter der Frankfurter Untermainbrücke campiert. Tagsüber hätten sie Flaschen gesammelt oder verschiedene Dinge verkauft, um sich etwas zu Essen besorgen zu können, fügte Pfarrer Ulrich Schaffert von der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde hinzu.

Aufmerksam geworden waren die evangelischen Gemeinden durch Ola Oluokon, einen Nigerianer, der seit 13 Jahren in Deutschland lebt. Er hatte einen der Flüchtlinge nach einem Gottesdienst in der »Christian Church of God« in Frankfurt kennengelernt und vom Schicksal der Männer erfahren.

Gemeinsam mit zwei Freunden habe er wochenlang versucht, Hilfe für die Flüchtlinge zu organisieren, sei aber überall abgewiesen worden, sagte Oluokon dem epd. Weder die beiden kirchlichen Wohlfahrts-

verbände Caritas und Diakonie noch die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl hätten ihm sagen können, wo die Männer untergebracht werden können. »Was die Gemeinden jetzt gemacht haben, ist großartig«, sagte Oluokon.

Vor drei Wochen habe er erstmals der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde einen Besuch abgestattet und erzählt, dass Flüchtlinge in Frankfurt unter Brücken campieren, berichtete der Nigerianer. Als die fünf Gemeinden Cantate Domino, Dietrich-Bonhoeffer, Thomas- und Riedberggemeinde sowie die Evangelisch-lutherische Gemeinde Niederursel am 3. November einen gemeinsam Gottesdienst feierten und er dort abermals Gelegenheit bekam, von dem Schicksal der obdachlosen Menschen zu erzählen, sei alles sehr schnell gegangen.

»Das war ganz spontan«, sagte Fröhlich. »Wir haben entschieden, dass wir die Menschen hierher in die Kirche holen.« Innerhalb von drei Stunden wurde alles organisiert, was die Menschen brauchen: Decken und Schlafsäcke, Matratzen und ein warmes Abendessen. Fröhlich geht davon aus, dass die jungen Männer aktuell nicht von Abschiebung bedroht sind. Wie es weitergeht, sei allerdings unklar. »Erst einmal haben sie hier ein Quartier für die nächsten Tage«, sagte die Pfarrerin. Dieter Schneberger ■

*Spanische Exklave Melilla*

## Afrikanischer Flüchtling stirbt am Grenzzaun

**Madrid** (epd). Ein afrikanischer Flüchtling ist bei dem Versuch um sein Leben gekommen, die Grenzabspernung der spanischen Exklave Melilla in Nordafrika zu überwinden. Der Afrikaner von zunächst nicht näher benannter Herkunft sei von dem meterhohen hohen Zaun an der Grenze zu Marokko zu Boden gestürzt, berichtete die spanische Tageszeitung »El Mundo« am 5. November in ihrer Internetausgabe unter Berufung auf die marokkanischen Behörden.

An dem Ansturm haben sich dem Bericht zufolge rund 150 Migranten beteiligt, von denen 40 festgenommen worden seien. Die spanischen Behörden erklärten, 100 afrikanische Flüchtlinge hätten den Zaun überwunden und seien auf spanisches Territorium gelangt.

Spanien hatte erst vor wenigen Tagen angekündigt, etwa ein Drittel

des insgesamt etwa neun Kilometer langen und an manchen Stellen bis zu sechs Meter hohen Grenzzauns von Melilla wegen des verstärkten Ansturms von Armutsflüchtlingen wieder mit NATO-Stacheldraht auszustatten. Der Draht war erst 2007 abmontiert worden. hgk

*Weniger ADHS unter Ausländern*

## »Besserer Umgang mit kindlicher Unruhe«

**Stuttgart/Tübingen** (epd). Die ADHS-Krankheit nimmt bei jungen Menschen in Deutschland dramatisch zu. Migrantenkinder sind von diesem Trend bei der häufigsten psychiatrischen Erkrankung im Kindes- und Jugendalter offenbar weniger betroffen.

Etwa 620.000 Mädchen und Jungen in der Altersgruppe bis 19 Jahre leiden in Deutschland unter einer Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörung (ADHS). Nach Daten der Barmer GEK ist die

ADHS-Rate bei Kindern und Jugendlichen von 2006 bis 2011 um 43 Prozent gestiegen: von 2,92 auf 4,14 Prozent.

Die Studie »Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland« des Robert Koch-Instituts, für die rund 16.000 Mädchen und Jungen zwischen drei und 17 Jahren befragt wurden, ergab, dass bei Kindern aus Migrantenfamilien seltener ADHS diagnostiziert wird. Gerd Glaeske von der Uni Bremen ist überzeugt: »Ausländische Familien können besser mit kindlicher Unruhe umgehen.«

Auch Andreas Oberle, ärztlicher Direktor des Zentrums für Kinder- und Jugendmedizin am Stuttgarter Olgahospital, glaubt, dass es in diesen Familien mehr Toleranz und eine liberalere Haltung im Umgang mit Kindern gibt. Sich austoben dürfen oder mal laut sein, für ein bisschen alltägliches Kinder-Chaos scheint dort ein weiterer Rahmen gespannt zu sein als in deutschen Familien. lbw

# Krieg und Kinderlachen

Hohe deutsche Kirchenvertreter besuchen Lager syrischer Flüchtlinge in Jordanien

**Al Husni** (epd). *Gesang, Lachen, kindliche Freude: Nur auf den zweiten Blick lässt sich im nordjordanischen Flüchtlingslager Al Husni erkennen, dass der Eindruck unbekümmert spielender Mädchen und Jungen trügt. Zusammen mit anderen steht Mohammed an einem Tisch in der Mitte des bunt geschmückten Zeltes. Der Zwölfjährige malt: ein sechsstöckiges Haus, Menschen darin, die syrischen Nationalfarben Rot, Weiß, Schwarz und Grün. Links oben trifft eine Rakete das Gebäude. Sieben Cousins von ihm seien bei dem Angriff getötet worden, berichtet er.*

Seit einem Jahr lebt Mohammed im nördlichen Nachbarstaat des Bürgerkriegslandes Syrien. Eines Tages wolle er wieder in seine Heimat im südlichen Syrien zurückkehren, sagt er, strahlt über das ganze Gesicht und schenkt sein Bild Nikolaus Schneider. Dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland ist der Zwiespalt anzusehen. Der Gegensatz des mit erkennbarem Stolz lachenden Jungen und seiner im Bild dokumentierten Erlebnisse – »Das hat mich sehr bewegt«, berichtet Schneider wenig später.

Gemeinsam mit dem katholischen Hildesheimer Bischof Norbert Trelle, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, ist Schneider für zwei Tage nach Jordanien gekommen, um sich anzuschauen, wie syrische Flüchtlinge dort leben. »Wir müssen uns in die Augen schauen, wenn wir den Menschen helfen«, sagt der oberste Repräsentant der protestantischen Christen in Deutschland. Nur Geld zu geben, das schaffe Distanz.

Insbesondere die Arbeit der kirchlichen Organisationen Caritas International und Diakonie Katastrophenhilfe interessiert die Geistlichen. In Al Husni sind beide aktiv. Caritas Jordanien unterhält eine Anlaufstelle, in der Flüchtlinge registriert, medizinisch versorgt und an Bedürftige Hilfsgüter und Warengutscheine ausgegeben werden. Der Diakonie-Partner Department of Services for Palestinian Refugees (DSPR) konzentriert sich auf Hilfen für Frauen und Kinder in dem Camp, das 1967 zunächst für Palästinenser errichtet wurde. Heute leben 25 Kilometer von der Grenze zu Syrien entfernt unter den 30.000 Palästinensern etwa 400 syrische Familien.

Mehr als eine halbe Million Syrer haben im nur 6,5 Millionen Menschen zählenden Jordanien Schutz gefunden. Die meisten leben nicht in Lagern, sondern sind bei Verwandten untergekommen, in selbst angemieteten Wohnungen und manche bei Fremden, die selbstlos Platz in ihren Häusern machen. Insgesamt etwa 2,6 Millionen Menschen haben seit Beginn des Syrien-Konfliktes ihre Heimat verlassen und sind vor allem in die Nachbarländer geflohen.

»Ich habe großen Respekt vor den Menschen in Jordanien«, sagt der EKD-Ratsvorsitzende Schneider. Angesichts der Aufnahmebereitschaft des Nachbarn sei das



**Nikolaus Schneider** (li), der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, beim Besuch im jordanischen Flüchtlingslager Al-Husni.

Foto: epd-bild

von Deutschland geplante Kontingent für 5.000 Syrer eine »sehr kleinmütige Hilfe«.

»Man sollte die Zahl zumindest verdoppeln«, sagt auch Bischof Trelle. Angesichts des Engagements unter anderem in Jordanien sei die Debatte in Deutschland »nahezu peinlich«. Schneider sprach angesichts des geplanten Kontingents für die Aufnahme in Deutschland von einer »sehr kleinmütigen Hilfe«.

Auch das Angebot der Bundesländer, Familienangehörige von in Deutschland lebenden Syrern aufzunehmen, sei angesichts der hohen Hürden nicht ausreichend, erklärten evangelische und katholische Kirche am 3. November: »Um syrischen Familien helfen zu können, sind Anpassungen dringend geboten.«

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin der Diakonie Katastrophenhilfe, hofft zudem darauf, dass die Deutschen noch mehr für die Flüchtlinge in der Region tun. Die Bereitschaft, für die Syrer Geld zu spenden, sei im »Vergleich zu anderen Krisen erschreckend gering«. Offenbar befürchteten viele angesichts des unüberschaubaren Konflikts, dass Hilfe in falsche Kanäle fließt: »Dabei hat das eine mit dem anderen nichts zu tun.«

Seit Beginn des Konflikts 2011 hat die Diakonie Katastrophenhilfe 7,3 Millionen Euro in der Flüchtlingshilfe eingesetzt. Mit dem Großteils von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Geld wurde knapp 400.000 Menschen in der Region geholfen.

Unterdessen hat die evangelische Kirche einen Solidarfonds für syrische Flüchtlinge in Deutschland vorgeschlagen. »Ich könnte mir einen Solidarfonds für den Ausgleich der Gesundheitskosten vorstellen, in den auch die Kirchen einzahlen«, sagte Ratsvorsitzender Schneider dem am 4. November erschienenen »Kölner Stadt-Anzeiger«. Der Zentralrat der Muslime signalisierte Unterstützung für den Vorschlag. Dessen Vorsitzender Aiman Mazyek sagte, er wolle bei islamischen Stiftungen in den Golfstaaten um finanzielle Unterstützung werben. ■

Karsten Frerichs ■

# Keine Rückerstattung der Weiterbildungskosten

*Diakonie-Klinik: Forderung wegen intransparenter Vertragsklauseln unwirksam*

**Erfurt** (epd). *Sollen Arbeitnehmer die Kosten für die von ihrem Chef finanzierte Weiterbildungsmaßnahme bei einer vorzeitigen Kündigung zurückerstatten, müssen die einzelnen Aufwendungen im Arbeitsvertrag genau aufgeführt sein. Ist dies nicht der Fall, gelten die Rückzahlungsklauseln als intransparent und sind damit unwirksam, urteilte das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt in einem am 31. Oktober veröffentlichten Urteil.*

Damit muss ein früherer Krankenpfleger eines diakonischen Krankenhauses in Westfalen seine vom Arbeitgeber bezahlte Weiterbildung trotz seiner Kündigung nicht zurückerstatten. Der Krankenpfleger hatte sich in einem zweijährigen Lehrgang »Fachpflege Psychiatrie« weiterbilden lassen.

Der kirchliche Arbeitgeber hatte den Mann für die Weiterbildung freigestellt und diese bezahlt. Im Arbeitsvertrag wurde festgehalten, dass der Krankenpfleger bei einer Eigenkündigung die Kosten für die Weiterbildung und die Lohnfortzahlung zurückzahlen muss. Dabei sollte der Beschäftigte bei einer Kündigung im ersten Jahr nach Abschluss der Fortbildung noch alles, im dritten Jahr schließlich ein Drittel der Kosten tragen.

Nach der Kündigung des Krankenpflegers verlangte das Krankenhaus ein Drittel der Weiterbildungs- und Lohnfortzahlungskosten zurück – insgesamt 6.212 Euro. Doch der Beschäftigte weigerte sich zu

zahlen. Die entsprechenden Klauseln im Arbeitsvertrag seien intransparent.

Das BAG gab dem Krankenpfleger recht. Die Rückzahlungsklausel lasse nicht erkennen, welche finanziellen Belastungen der Arbeitnehmer gegebenenfalls zu tragen habe und in welcher Größenordnung diese liegen. Denn würden nicht Art und Berechnungsgrundlagen der zu erstattenden möglichen Kosten genannt, »kann der Arbeitnehmer sein Rückzahlungsrisiko nicht ausreichend abschätzen«, betonten die Erfurter Richter.

Die Formulierung der »entstandenen Aufwendungen für die Weiterbildung, einschließlich der Lohnfortzahlungskosten« mache nicht ausreichend klar, welche konkreten Kosten gemeint und wie hoch sie sind. Weder sei ersichtlich, mit welchen Lehrgangsgebühren zu rechnen ist, noch ob Fahrt-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten zu erstatten sind.

Dass die Klauseln bei der Bestimmung der Weiterbildungskosten untauglich sind, habe der kirchliche Arbeitgeber selbst gezeigt. So habe der Klinikbetreiber erst 9.346 Euro zurückverlangt. Dieser Betrag wurde später »buchhalterisch noch einmal nachberechnet«, so dass dann 8.649 Euro verlangt wurden. Schließlich kam es zu einer erneuten Reduzierung auf 6.212 Euro. Frank Leth ■

● Az.: 9 AZR 442/12

*Bundessozialgericht*

## Bei Hartz-IV-Kürzung ist Anhörung Pflicht

**Kassel** (epd). Ohne eine Anhörung dürfen Jobcenter Hartz-IV-Bezieher nicht die Leistung kürzen. Diese ist bei der Kürzung bereits bewilligter Hilfeleistungen notwendig, urteilte das Bundessozialgericht (BSG) am 17. Oktober in Kassel.

Damit bekam der Vater einer fünfköpfigen Familie recht. Der Hartz-IV-Bezieher hatte wegen eines arbeitsgerichtlichen Vergleichs eine Abfindung in Höhe von 13.000 Euro erhalten. Das Jobcenter rechnete davon 1.000 Euro monatlich nachträglich auf die Hartz-IV-Leistung an.

Doch das BSG stellte fest, dass die Behörde es versäumt hatte, den Familienvater zu der Hilfeleistung anzuhören. Dies sei aber nach den

gesetzlichen Bestimmungen verpflichtend. Die Anhörung könne zwar auch im gerichtlichen Verfahren nachgeholt werden, nicht aber, wenn das Verfahren bereits beim BSG gelandet ist. fle

● Az.: B 14 AS 38/12 R

*Oberlandesgericht*

## Klinik muss höchstens zwei Mal am Tag Laub kehren

**Schleswig** (epd). Ein Krankenhaus muss seine Wege und den Haupteingang normalerweise nur einmal, notfalls zweimal täglich von Laub und Schmutz freihalten. Der gekehrte Wegstreifen sollte »annähernd laubfrei« sein, so dass »zwei Passanten aneinander vorbeigehen können, ohne gezwungen zu sein, auf eine geschlossene und möglicherweise glitschige Laubschicht treten zu müssen«, entschied das Schleswig-Holsteinische Oberlan-

desgericht (OLG) in einem am 31. Oktober in Schleswig bekanntgegebenen Urteil.

Im konkreten Fall hatte ein Besucher eines Krankenhauses in Großhansdorf bei Hamburg von dem Klinikbetreiber 25.000 Euro Schmerzensgeld gefordert. Der Mann war im November 2010 auf dem Weg zwischen Parkplatz und Klinik-Haupteingang auf regennassem Laub ausgerutscht. Bei dem Sturz verletzte sich der Kläger an der Wirbelsäule.

Das OLG urteilte, dass einmal täglich, notfalls zweimal, in regelmäßigen Intervallen die nassen Blätter entfernt werden müssen. Hier habe die Klinik zwei Stunden vor dem Unfall das Laub beseitigt. Es könne nicht verlangt werden, Gehwege ständig und vollständig laubfrei zu halten, entschieden die Schleswiger Richter. fle

● Az.: 11 U 16/13



# Mobbingopfer klagt zu spät auf Schadenersatz

Landesarbeitsgericht lehnt Entschädigung nach fast zwei Jahren ab



RECHT

**Nürnberg** (epd). *Mobbingopfer sollten sich mit einer Schadenersatzklage gegen ihren Arbeitgeber nicht allzu viel Zeit lassen. Fordern sie erst nach zwei Jahren von ihrem Chef ein Schmerzensgeld, ist dies zu spät und verstößt gegen den Grundsatz von Treu und Glauben, entschied das Landesarbeitsgericht (LAG) Nürnberg in einem am 25. Oktober veröffentlichten Urteil.*

Denn dem Arbeitgeber müsse ausreichend Zeit gegeben werden, auf entsprechende Vorwürfe zeitnah reagieren zu können. Erst sehr spät geltend gemachte Forderungen könnten daher auch vor Ablauf der dreijährigen gesetzlichen Verjährungsfrist »verwirkt« sein.

Geklagt hatte ein als Personalfachberater angestellter Mann. Dieser hatte das 1. Juristische Staatsexamen absolviert, war aber kein Volljurist. Als er im Juni 2006 einen neuen Vorgesetzten erhielt, sollten künftig nur noch Volljuristen in dem Unternehmen als Fachberater tätig sein. Dem Kläger wurde nahegelegt zu kündigen. Er wurde in ein Einzelbüro umgesetzt, als Fachberater war er im Informationssystem des Konzerns ebenfalls nicht mehr aufgeführt. Prämienauszahlungen an den Kläger wurden blockiert.

Als der Vorgesetzte von dem Kläger verlangte, innerhalb nur eines Monats sämtliche Betriebsvereinbarungen des Unternehmens und weitere aus anderen Konzernunternehmen zu überprüfen, wurde der Vorwurf des Mobblings laut. Der Arbeitgeber sprach deshalb eine Abmahnung aus, eine weitere folgte, weil der

Kläger den Arbeitsauftrag nicht erfüllt hatte.

In der Folge war der Beschäftigte seit 2007 wegen eines chronischen Überlastungssyndroms und Depression mehrfach krankgeschrieben, 2009 war er durchgängig arbeitsunfähig. Ende Februar 2010 folgte die Kündigung.

Erst am 28. Dezember 2010 klagte der Mann auf Schmerzensgeld in Höhe von mindestens 10.000 Euro wegen Mobblings. Sein früherer Arbeitgeber habe ihn mit zahlreichen Einzelhandlungen, unerfüllbaren Sonderaufgaben und dem Entzug bisheriger Aufgaben gemobbt.

Das LAG lehnte den Schmerzensgeldanspruch in seinem Urteil vom 25. Juli ab. Der Kläger habe erst fast zwei Jahre nach den angeführten Mobbing-Ereignissen Klage eingereicht. Damit sei der Anspruch auch vor Ablauf der Verjährungsfrist verwirkt. Denn der Arbeitgeber konnte nach dieser Zeit darauf vertrauen, nicht mehr in Anspruch genommen zu werden.

Bei Mobbingvorwürfen müsse dem Arbeitgeber die Chance auf eine zeitnahe Erwiderung gegeben werden. Nach fast zwei Jahren seien Erinnerungen an einzelne Äußerungen und Verhaltensweisen aber verblasst.

Das LAG ließ die Revision zum Bundesarbeitsgericht in Erfurt zu.

Frank Leth ■

● Az.: 5 Sa 525/11

Arbeitsgericht

## Kein Sozialplan für befristet Beschäftigte

**Karlsruhe** (epd). Befristet eingestellte Arbeitnehmer können bei einer Betriebsstillegung vom Sozialplan ausgeschlossen werden. Der Ausschluss verstößt weder gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz noch gegen das Diskriminierungsverbot, entschied das Arbeitsgericht Karlsruhe in einem am 17. Oktober veröffentlichten Urteil. Dies gelte zumindest dann, wenn das Arbeitsende wegen der Befristung und nicht wegen der Betriebsänderung geendet hat.

Geklagt hatte ein Mann, der in einem Unternehmen samt Druckerei bis Ende Mai 2013 befristet eingestellt war. Als die Firma den Betrieb der Druckerei zum 30. April einstellte, vereinbarten Arbeitgeber

und Betriebsrat einen Sozialplan. Danach sollten Beschäftigte mit einer Betriebszugehörigkeit von bis zu drei Jahren 5.000 Euro erhalten. Befristet eingestellte Arbeitnehmer sollten nichts erhalten.

Das Arbeitsgericht wies die Forderung des Klägers auf eine Abfindungszahlung zurück. Die Ungleichbehandlung bei befristet Beschäftigten sei sachlich begründet. Denn eine Sozialplanabfindung diene dazu, »die Zeit zwischen dem Auslaufen eines Beschäftigungsverhältnisses infolge einer betriebsbedingten Kündigung und dem Antritt einer neuen Beschäftigung zu überbrücken«.

Die Arbeitsverhältnisse von befristet Beschäftigten würden jedoch ohnehin auslaufen. Entscheidend sei, dass der befristet eingestellte Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz nicht wegen der geplanten Be-

triebsänderung verliere, sondern wegen des Befristungsablaufs. fle

● Az.: 9 Ca 120/13

Verwaltungsgericht

## Behindertenparkplatz von Nachbar zu dulden

**Koblenz** (epd). Ein Anwohner muss einen Schwerbehindertenparkplatz in der Nähe seines Hauses akzeptieren. Das Koblenzer Verwaltungsgericht wies laut einer Mitteilung vom 25. Oktober die Klage eines Mannes aus der Eifel ab, der die Beseitigung des Parkplatzes seines gehbehinderten Nachbarn durchsetzen wollte. Der Kläger hatte argumentiert, dass er seine Autos in unmittelbarer Nähe seines Hauses parken wolle. lwd

● Az.: 6 K 569/13.KO

## Kurz und knapp

**Die Motorradgruppe »Biker-4Kids«** aus Düsseldorf erhält in diesem Jahr den Deutschen Kinderhospizpreis für ihr ehrenamtliches Engagement. Die seit 2007 alle zwei Jahre vom Deutschen Kinderhospizverein vergebene Auszeichnung wird am 8. November im Rahmen des Deutschen Kinderhospiz-Forums in Essen verliehen. Die Gruppe unterstützt tödlich erkrankte Kinder und ihre Familien mit verschiedenen Aktionen und sammelt Spenden.

**Das Deutsche Rote Kreuz** hat mit einem Festakt in Stuttgart sein 150-jähriges Bestehen gefeiert. Bundespräsident Joachim Gauck würdigte die Organisation als eine Bewegung, die Schutz und neue Hoffnung in Zeiten der Not gebe. Mit dem Rotkreuzgedanken habe der Gründer Henry Dunant (1828–1910) dem Grauen des Krieges aktive »Mitemenschlichkeit und christliche Nächstenliebe« entgegengesetzt.

**Das Schauspiel Leipzig** bietet künftig das deutschlandweit erste kontinuierliche Theater-Angebot für Sehbehinderte und Blinde an. Ab dem 6. Dezember sollen einmal monatlich Vorführungen mit Audio-deskription angeboten werden. Die Tonspur kann über einen Empfänger, ähnlich einem Audio-Guide im Museum, gehört werden. Den Startschuss macht das Stück »Emilia Gallotti« von Gotthold Ephraim Lessing.

**Die Kältehilfe** ist in mehreren deutschen Großstädten angefallen. So finden etwa in Berlin und Hamburg Obdachlose Notschlafplätze oder Nachtcafés vor. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe rief die Kommunen auf, mehr Plätze zu schaffen. Die Zahl der Obdachlosen sei 2012 im Vergleich zum Jahr 2010 um 15 Prozent auf 284.000 Personen angestiegen. 24.000 Betroffene lebten ausschließlich auf der Straße.

*Robbers zu EKD-Novelle*

### »Gewerkschaften zu weit entgegengekommen«

**Wittenberg** (epd). Der Staatskirchenrechtler Gerhard Robbers von der Universität Trier kritisiert den Gesetzentwurf der EKD zur Reform des kirchlichen Arbeitsrechts. Er sagte auf der Mitgliederversammlung des Verbandes diakonischer Dienstgeber in Deutschland am 5. November in Wittenberg, das Gesetz komme den Gewerkschaften weiter entgegen, als es das Bundesarbeitsgericht in Erfurt mit seinem Urteil vom November 2012 verlangt habe. »Und viel weiter, als verfassungsrechtlich erforderlich wäre«, fügte er hinzu.

Robbers appellierte an Kirche und Diakonie, öffentlich für eine stärkere Akzeptanz des kirchlichen Arbeitsrechts zu werben. Außerdem müsse das kirchliche Arbeitsrecht strukturell vereinfacht werden.

Die EKD-Synode befasst sich auf ihrer Tagung, die von 9. bis 13. November in Düsseldorf stattfindet, mit dem Gesetzentwurf der EKD. mj

*Hans-Böckler-Stiftung*

### Studie kritisiert kirchliches Arbeitsrecht

**Düsseldorf/Bonn** (epd). Eine neue Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung sieht die Grundrechte der Beschäftigten im kirchlichen Arbeitsrecht verletzt. Dass die Mitarbeiter der Kirchen grundsätzlich nicht streiken dürfen und zum Teil weitgehende Vorschriften für ihr Privatleben beachten müssten, verstoße gegen die Grund- und Menschenrechte eines modernen Verfassungsstaates, sagte der Sozialethiker Hartmut Kreß am 6. November in Düsseldorf. Der Bonner Professor hat die Studie im Auftrag der Boeckler-Stiftung verfasst.

Die Kirchen hätten in arbeitsrechtlichen Fragen eine Art Nebenrechtsordnung entwickelt. Dabei beriefen sie sich auf ihr durch das Grundgesetz geschütztes Selbstverwaltungsrecht und die Glaubensfreiheit. Ihrem Leitbild zufolge

sollten kirchliche Arbeitgeber und Beschäftigte partnerschaftlich zusammenwirken. Streiks seien nicht erlaubt, weil durch sie »Kampf und Konfrontation« drohe.

Der Wissenschaftler sieht das kirchliche Streikverbot auch deshalb kritisch, weil es für sämtliche Mitarbeiter gelte – obwohl sie zum Teil gar nicht Kirchenmitglieder sind und dieselbe Arbeit verrichten wie Beschäftigte in nichtkirchlichen Einrichtungen. Der Sozialethiker forderte eine »angemessene Differenzierung« zwischen weltlichen und verkündigungsnahen Tätigkeiten: »Die Linie der Kirche läuft darauf hinaus, ihrem eigenen Selbstbestimmungsrecht den Vorrang vor individuellen Rechten der Beschäftigten einzuräumen.« *lwd*

*Kirchliche Eheberatung*

### Wartelisten werden immer länger

**Nürnberg/Eichstätt** (epd). Ehe- und Paarberatungsfälle werden häufiger und schwerwiegender. Darauf hat die Fachreferentin für Schwangerschafts-, Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung des Diakonischen Werks Bayerns, Elisabeth Simon, hingewiesen. Wie eine Umfrage des Evangelischen Pressedienst (epd) am 31. Oktober ergab, müssen Paare in Krisensituation an bayerischen kirchlichen Beratungsstellen derzeit mit langen Wartezeiten rechnen. So muss jedes zehnte Paar zehn Wochen bis zu einem Erstgespräch in einer Diakonie-Beratungsstelle warten.

Auch in katholischen Beratungsstellen gibt es lange Wartelisten, bestätigt der Leiter der diözesanen Ehe- und Familien-Beratungsstelle in Eichstätt, Gerhard Nechwatal. »Eine fatale Situation«, so der Diplompsychologe. In einem Konfliktfall könne ein Paar nicht wochenlang mit dem Problem zusammen leben und auf eine Beratung warten. »Bis ein Beratungstermin frei ist, könnte es schon zur Trennung gekommen sein.«

Das Beratungsangebot müsse ausgebaut werden, sagte Birgit Löwe, Vorstandsmitglied der Diakonie Bayern, dem epd. lhm

► **Christine Scheel** (56), frühere Grünen-Abgeordnete im Bundestag (Foto), ist neue Vorsitzende des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing. In dieser Funktion ist sie Nachfolgerin des



Münchener Theologieprofessors **Gunther Wenz** (64), der turnusmäßig aus dem Kuratorium ausschied. Die Mitglieder werden vom Landeskirchenrat im Benehmen mit dem Landessynodalausschuss auf sechs Jahre ernannt. Scheel ist seit 1999 Mitglied des Kuratoriums. Außerdem ist die Politikerin, die von 1994 bis 2012 dem Deutschen Bundestag angehörte und Finanzexperten ihrer Partei war, Mitglied der bayerischen Landessynode.

► **Manfred Meyer** (53) hat am 1. November in der Bremischen Evangelischen Kirche seinen Dienst als Landesdiakoniefarrer aufgenommen. Er ist Nachfolger

von Pastor **Michael Schmidt** an, der im April kurzfristig die Aufgaben des theologischen Vorstandes der finanziell angeschlagenen Diakoniestiftung Friedehorst in Bremen-Lesum übernahm. Meyer ist gebürtiger Ostfrieser. In seiner neuen Funktion hat der evangelisch-reformierte Pastor auch die Geschäftsführung des Diakonischen Werkes in Bremen. Unter dem Dach des Werkes arbeiten unter anderem das Hilfswerk »Brot für die Welt« und die Freiwilligendienste der evangelischen Kirche.

► **Erik Bettermann** (69), Journalist und früherer Bremer Staatsrat, wird neuer Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Welthungerhilfe. Der langjährige Intendant der Deutschen Welle, der seine neue Aufgabe zum 1. Januar übernimmt, tritt die Nachfolge des früheren ZDF-Intendanten **Dieter Stolte** an, der dem Gremium seit 2002 angehörte. Die 19 Mitglieder des ehrenamtlichen Kuratoriums beraten Präsidium und Vorstand der Welthungerhilfe in Fragen der Positionierung und Öffentlichkeits-

arbeit. Bettermann war von 1992 bis 2001 Staatsrat in Bremen, wo er sich auch mit dem Bereich Entwicklungszusammenarbeit befasste. Die 1962 gegründete Welthungerhilfe ist eine der größten privaten Hilfsorganisationen in Deutschland.

► **Herbert Oesterle** ist zum Vizepräsidenten des gemeinsamen Landessozialgerichts der Länder Berlin und Brandenburg ernannt worden. Der Vorsitzende Richter des LSG tritt die Nachfolge der im Sommer dieses Jahres pensionierten **Monika Weisberg-Schwarz** an. Oesterle wurde im Juni 1993 an das Landessozialgericht des Landes Brandenburg nach Potsdam versetzt. Er ist seit Dezember 1995 Vorsitzender Richter in Potsdam. Seit Juli 2005 fungiert das dortige Landessozialgericht als gemeinsames Obergericht der Länder Berlin und Brandenburg. Die personellen Veränderungen an der Spitze des Gerichts setzen sich fort: Im Dezember wird die derzeitige Präsidentin **Monika Paulat** 65 Jahre alt und tritt in den Ruhestand.

Anzeige



## Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement. Nutzen Sie alle Vorteile des controllingbasierten Cash-Managements und halten Sie Ihren Cashflow zu jeder Zeit aufrecht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

## Die Bank für Wesentliches.

[www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg  
Hannover · Karlsruhe · Kassel · Köln · Leipzig · Magdeburg  
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



**Bank**  
für Sozialwirtschaft

GEP  
Evangelischer Pressedienst  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main

## TERMINE

### November

**20.11. Amberg:**  
Kooperationsfachtag  
»Familie schaffen wir  
nur gemeinsam. Wie  
Familienorientierung  
gelingen kann« des  
Caritasverbands der  
Diözese Eichstätt  
Tel.: 08421 / 50-970  
www.bfs-service.de

**22.11. Kassel:**  
Fachtagung »Empower-  
ment und Teilhabe« des  
Instituts Mensch, Ethik  
und Wissenschaft  
Tel.: 030 / 29 38 17 70  
www.imew.de

**23.11. Heidelberg:**  
»Fachtag Betreuungs-  
recht« des Deutschen  
Vereins für öffentliche  
und private Fürsorge  
Tel.: 030 / 62 980-605  
www.deutscher-verein.de

**25.11. Dortmund:**  
Beratertag »Demografie  
Wissen Kompakt 2013«  
der Bundesanstalt  
für Arbeitsschutz und  
Arbeitsmedizin  
Tel.: 0231 / 90 71-22 33  
www.baua.de/termine

**27.–29.11. Eisenach:**  
Forum »Mischen« possi-  
ble!? Inklusion im  
Sozialraum« des Evange-  
lischen Erziehungsver-  
bands  
Tel.: 0511 / 39 08 81-14  
www.evev.de

**28.11. Dortmund:**  
Tagung »Entlassmanage-  
ment als Brücke zu  
einem übergreifenden  
Versorgungsmanage-

ment« des Bundesver-  
bands Pflegemanagement  
Tel.: 030 / 44 03 76 93  
www.bv-pflegemanage-  
ment.de

**28.11. Berlin:**  
Tagung »Ambulante  
Suchthilfe – Entwick-  
lungen, Herausforderun-  
gen, Zukunftsthemen«  
des Gesamtverbands für  
Suchtkrankenhilfe  
Tel.: 030 / 83 001-500  
www.sucht.org

**29.11. München:**  
Tagung »vernetzt öffen-  
lich aktiv – Mobile  
Medien in der Lebens-  
welt von Jugendlichen«  
des Instituts für Medien-  
pädagogik in Forschung  
und Praxis  
Tel.: 089 / 68 98 90  
www.id-tagung.de

**29.–30.11. Meißen:**  
Tagung »Senioren (stüt-  
zende) genossenschaft-  
ten: Selbsthilfe als  
eine Antwort auf den  
demografischen Wan-  
del« der Innova eG  
Tel.: 0341 / 68 10 985  
www.innova-eg.de

### Dezember

**2.–3.12. Köln:**  
Seminar »Führung und  
Kommunikation« der  
BFS-Service GmbH  
Tel.: 0221 / 973 56  
www.bfs-service.de

**3.12. Pfarrkirchen:**  
Seminar »Sucht und  
psychische Erkrankungen«  
des KWA Bildungs-  
zentrums

www.kwa-bildungs-  
zentrum.de

**5.12. Reutlingen:**  
Fachtagung »Behinder-  
tenhilfe und Sozialraum.  
Praktische Wege in das  
Gemeinwesen« der LWV.  
Eingliederungshilfe  
www.lwv-eh.de/aktuelles

**11.–13.12. Düsseldorf:**  
Seminar »Kultur-Sensibi-  
lität und transkulturelle  
Handlungskompetenz  
in der Gemeinde- und  
Sozialpsychiatrie« der  
Bundesakademie für Kir-  
che und Diakonie  
Tel.: 030 / 488 37-488  
www.bundesakademie-  
kd.de

**13.–15.12. Bonn:**  
Seminar »Engagierte und  
aktive Ehrenamtliche  
gewinnen« der Friedrich-  
Ebert-Stiftung  
Tel.: 0228 / 88 37 113  
www.fes-mup.de

### Januar

**13.–16.1. Freiburg:**  
Seminar »Ressourcen,  
Lösungen, Respekt –  
Handwerkszeug für die  
systemische Sozialar-  
beit« der Fortbildungs-  
Akademie des DCV  
Tel.: 0761 / 200-17 00

**13.–17.1. Freiburg:**  
Seminar »Unterschiede  
als Herausforderung für  
Zusammenarbeit. Di-  
versität als Bereiche-  
rung« der Fortbildungs-  
Akademie des DCV  
Tel.: 0761 / 200-17 00  
www.fak-caritas.de

**27.1. Berlin:**  
Seminar »Der dritte  
Weg – aktuelle Recht-  
sprechung und Entwick-  
lungen im kirchlichen  
Arbeitsrecht« der BFS-  
Service GmbH  
Tel.: 0221 / 973 56  
www.bfs-service.de

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik  
(GEP) gemeinnützige  
GmbH in Frankfurt  
am Main. Geschäftsführer:  
Direktor Jörg Bollmann,  
Verlagsleiter: Bert Wegener  
Chefredakteur der  
epd-Zentralredaktion:  
Dr. Thomas Schiller,  
epd sozial:  
Markus Jantzer (verantw.),  
Dirk Baas. Bundesbüro  
Berlin: Bettina Markmeyer,  
Corinna Buschow.

Erscheint wöchentlich.  
**Jahres-Abonnement:**  
252,00 € incl. MWSt.  
und Versand, jährlich  
kündbar. Mengenrabatte  
auf Nachfrage. Nachdruck  
nur mit Vertrag gestattet.

**Bestellung:** Shalini Frank  
069/58098-225, Fax: -226,  
**E-Mail:** aboservice@gep.de.  
**Anzeigen:** m-public Media  
Service GmbH  
Georgenkirchstr. 69-70  
10249 Berlin  
Tel.: 030/28874833,  
Fax: 030/24047403,  
**E-Mail:**  
christoph@m-public.de  
**Druck:** druckhaus köthen  
Friedrichstraße 11/12  
06366 Köthen (Anhalt)

**Emil-von-Behring-Straße 3**  
**Briefe: Postfach 50 05 50**  
**60394 Frankfurt am Main**  
**Telefon (069) 58098-209**  
**Telefax (069) 58098-294**  
**E-Mail: sozial@epd.de**  
**Internet: www.epd.de**  
**ISSN: 1612-2216**